

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

17/ Dezember 1951

Blatt 2258

## Die Preisverteilung von "Wien im Blumenschmuck"

=====

### Wien, die Stadt der Blumen an der Donau

17. Dezember (Rath.Korr.) Sonntag vormittag übergab Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus an 62 von insgesamt 600 Premiieren der Aktion "Wien im Blumenschmuck" die auf sie entfallenden Preise. An dieser Feier, die im Stadtsitzungssaal stattfand, nahmen Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch, Fritsch, Dkfm. Nathschlager, Dr. Robetschek und Thaller sowie die leitenden Funktionäre der Österreichischen Gartenbaugesellschaft und des Stadtgartenamtes teil.

Stadtrat Thaller verwies darauf, daß die Aktion "Wien im Blumenschmuck" kein neuer Wettbewerb ist, sondern schon unter Bürgermeister Seitz jährlich durchgeführt wurde. Sinn und Zweck sind, die Bevölkerung anzuregen, die Bestrebungen der Stadtverwaltung, Wien zu verschönern, zu unterstützen. Alle Wiener sollen mithelfen, Wien zu einer wirklichen Gartenstadt zu machen. Wien braucht die Blumen auch als Fremdenverkehrsstadt. Die Aktion wurde allein aus Mitteln der Gemeinde Wien finanziert. Bei der Durchführung und Organisierung wurde das Stadtgartenamt von der Österreichischen Gartenbaugesellschaft tatkräftig unterstützt.

Nationalrat Walla dankte im Namen der Österreichischen Gartenbaugesellschaft der Gemeinde Wien für diese Aktion. Er berichtete, daß alle Wiener Bezirke von den Mitgliedern des Preiskomitees zweimal sorgfältig und gewissenhaft abgesehen wurden, ehe sie die besten Leistungen feststellten.

Bürgermeister Jonas bezeichnete es als ein besonderes Zeichen der Gesundung der Verhältnisse, daß wir uns wieder mit Blu-

men beschäftigen. Wenn es auch unser Wunsch ist, daß jeder, der nach Wien kommt, sich an den Blumen freuen soll, so brauchen wir ihren Anblick noch mehr für uns selber. "Wien im Blumenschmuck hat die Aufgabe, daß unsere Stadtwohnungen, die der Natur entfremdet sind, mit den schönsten Kindern der Natur geschmückt werden.

Bürgermeister Jonas stellte mit Freude fest, daß es aus fast allen Wiener Bezirken Preisträger gibt. Er dankte allen, die sich um die Aktion verdient gemacht hatten, und forderte alle Wiener auf, sich in den kommenden Jahren noch stärker zu beteiligen. Die Gemeinde Wien selbst setzt in ihren öffentlichen Gartenanlagen alles daran, um den Blumenschmuck zu vermehren. Sie schafft auch immer wieder neue Gartenanlagen, die immer schöner und farbenprächtiger werden. Zum Abschluß seiner Rede sprach der Bürgermeister den Wunsch aus, daß Wien einmal "die Stadt der Blumen an der Donau" werden möge.

Bürgermeister Jonas nahm hierauf persönlich die Preisverteilung vor. Die zwei ersten Preise, die Goldene Rose und die Silberne Rose, - es handelt sich um Wanderpreise der Landwirtschaftskammer für Wien und Niederösterreich - erhielten Karl Pohnstingl, 13., Sauraugasse 20 und Anna Korhel, 15., Reichsapfelgasse 20. Alle weiteren Preise wurden von der Stadt Wien gestiftet, das sind drei 2. Preise zu je 1000 S, ein 3. Preis zu 600 S, ein 4. Preis zu 400 S, sodann fünf Preise á 200 S und 50 weitere Geldpreise á 100 S. Jeder der Preisträger erhielt auch ein Handschreiben des Bürgermeisters.

Alle übrigen Prämiierten erhalten ihre Preise - durchwegs Blumen und Zimmerpflanzen - im Laufe der ersten Jännerwoche bei einer zweiten Feier, die im Gartenbaukino stattfinden wird.

#### Entfallende Sprechstunden

=====

17. Dezember (Rath.Korr.) Mittwoch, den 19. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, und Donnerstag, den 20. Dezember, beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer, die Sprechstunden.

## Die zehntausendste Wohnung

=====

Der glückliche Mieter ist ein Maurer

17. Dezember (Rath.Korr.) Sonntag vormittag wurde die teilweise fertiggestellte große Wohnhausanlage in Meidling, Moosbruggergasse, durch Bürgermeister Jonas feierlich eröffnet. Gleichzeitig damit konnte Stadtrat Koci die 10.000ste Wohnungseinweisung seit 1945 vornehmen. Der glückliche Mieter ist der 45jährige Maurer Ernst Fischer, der mit seiner Familie im Jahre 1945 im 2. Bezirk ausgebombt wurde. Fischer, der zwei Kinder von 10 und 4 Jahren hat, mußte seither in beengten Verhältnissen in Untermiete hausen. Als er den Delogierungsauftrag erhielt, sprang das Wohnungsamt helfend ein. Die neue Wohnung des zehntausendsten Gemeindemieters besteht aus Wohnküche, Zimmer, Kabinett, Badezimmer und Vorzimmer.

Auf dem weiten Platz der neuen Wohnhausanlage hatten sich trotz des schlechten Wetters viele Bewohner der umliegenden Häuser eingefunden, um Bürgermeister Jonas zu begrüßen. Außerdem waren erschienen: Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Fritsch, Koci, Resch und Thaller, Polizeipräsident Holaubek, der Geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, mehrere Nationalräte, Bundesräte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher.

Der Meidlinger Bezirksvorsteher Fürst begrüßte die Festgäste. Dann sprach Stadtrat Thaller, der einen Überblick über die Arbeiten an der neuen Wohnhausanlage gab, die nach ihrer Fertigstellung 436 Wohnungen, 4 Geschäftslokale und eine Polizeidienststelle umfassen wird. Bis jetzt sind 193 Wohnungen fertig. Die Bauausführung muß deshalb in Etappen durchgeführt werden, weil die Baugründe nur nach und nach von ihren bisherigen Benützern freigemacht werden konnten. Der gesamte Baugrund umfaßt 25.200 Quadratmeter, von denen nur 6.800 Quadratmeter, das sind 27 Prozent, verbaut werden. Die übrigen Grundflächen werden gärtnerisch ausgestaltet. Die bisherigen Baukosten betragen 13.8 Millionen Schilling.

Stadtrat Thaller benützte den Anlaß, um eine Übersicht über die Zahl der bisher errichteten Wohnungen zu geben. Er teilte mit, daß bis 15. Dezember dieses Jahres insgesamt 10.489 Wohnungen fertiggestellt wurden, davon allein 1951 4.799 Wohnungen. Bis zum

Ende des Jahres werden voraussichtlich noch 237 Wohnungen dem Wohnungsamt übergeben werden können. Im Bau befinden sich derzeit weitere 7.037 Wohnungen. Allen, die behauptet haben, daß wir unsere Versprechen nicht erfüllen, ist damit das Gegenteil bewiesen.

Stadtrat Koci sagte, es bereite ihm große Freude, im Rahmen dieser Wohnbaueröffnung die zehntausendste Einweisung vollziehen zu können. Die Wohnung hat einer bekommen, der es wahrlich verdient hat. Allerdings gibt es noch viele, die nicht so glücklich sind, eine ordentliche Wohnung zu besitzen. Die Gemeinde Wien wird jedoch alles daransetzen, möglichst viele Wohnungen zu schaffen. In die neue Anlage wurden vor allem Einsturzgefährdete, vor der Delogierung stehende, Obdachlose, Tbc-Kranke, Ausgebombte und Mieter aus überbelegten Wohnungen eingewiesen. Insgesamt sind es 466 Erwachsene und 122 Kinder. Stadtrat Koci beglückwünschte alle Mieter der neuen Anlage, besonders aber den zehntausendsten Gemeindemieter Ernst Fischer, zu ihrer neuen Wohnung.

Bürgermeister Jonas, der von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurde, hob hervor, daß die Stadt Wien heute mit Stolz auf die bisherigen Erfolge im sozialen Wohnhausbau zurückblicken könne. Der Gedanke des sozialen Wohnhausbaues war nicht immer Allgemeingut. Heute aber ist es so weit, daß niemand mehr daran zweifelt, daß mit der Methode des sozialen Wohnbaues der Bevölkerung am besten gedient ist.

Der Bürgermeister wandte sich auch wieder gegen die Vorwürfe, daß soviel eröffnet werde. Er sagte, wir haben Straßen und Brücken gebaut, Schulen und Kindergärten, Wohnungen und Jugendheime. Gestern erst wurde die Kläranlage in Inzersdorf eröffnet und nächsten Sonntag wird die neue Kreuzung Matzleinsdorfer Platz fertig sein. Wir dürfen stolz sein, daß sovieler Eröffnungen gefeiert werden können, denn das ist ein Beweis dafür, daß es in Wien wieder weiter geht. Der Bürgermeister fuhr fort: Wir haben auch sehr viele Wohnhausanlagen eröffnet und es waren große Leistungen notwendig, um alle die Arbeiten zu vollbringen. Heute kann die zehntausendste neue Wohnung übergeben werden. Zehntausend Familien haben ein neues Heim bezogen. Wenn sich jemand über einen solchen Erfolg nicht freuen kann, tut er mir aufrichtig leid. Es hat auch geheißen, die Gemeinde soll nicht so stolz auf ihre neuen Wohnbauten sein, weil der Finanzminister, also der Bund einen großen Zuschuß leistet. Ich erkläre, daß das

eine Lüge ist. Die Wohnhausneubauten wurden allein aus den Steuermitteln der Wiener Bevölkerung erbaut!

Abschließend sagte der Bürgermeister: "Wir werden mit den Eröffnungsfeiern nicht aufhören. Es wird weitergebaut und neue Wohnungen entstehen. Wir werden alle zusammenarbeiten um es immer schöner und besser zu machen zum Ruhm und Wohl der gesamten Bevölkerung". Damit erklärte der Bürgermeister die Wohnhausanlage für eröffnet.

Hierauf begab sich der Bürgermeister mit den Ehrengästen in die Wohnung des zehntausendsten Gemeindemieters. Er beglückwünschte Herrn Fischer und unterhielt sich längere Zeit mit dem Ehepaar. Als Andenken erhielt der Maurer ein Bild des Bürgermeisters mit dessen eigenhändiger Widmung.

#### Weihnachtsbäume warten auf Käufer

17. Dezember (Rath.Korr.) Nach zwei Wochen vorsichtigem Zuwartens sehen nun die Händler mit Weihnachtsbäumen den kommenden Tagen mit größerer Zuversicht entgegen. Bis jetzt wurde allgemein beobachtet, daß sich die Händler mit größeren Bestellungen vorläufig nicht übereilen und die Anlieferung vielmehr der Nachfrage unterordnen wollen. Alle 400 zur Verfügung stehenden Verkaufsplätze in Wien wurden inzwischen gemietet, ein Teil dürfte aber erst im Laufe der Woche bezogen werden. Dann wird man erst sehen, ob die Christbäume, deren Qualität heuer übrigens besser ist als im Vorjahr, zu den bis um 50 Prozent höheren Preisen den Weg zum Käufer finden werden. Vor einem Jahr waren Weihnachtsbäume bis zu zwei Metern zum Preis von 3 bis 30 S zu haben, heuer werden 5 bis 50 S verlangt.

Der Voranschlag der Stadt Wien 1952  
=====Beginn der Budgetberatungen im Wiener Rathaus

17. Dezember (Rath.Korr.) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zu den Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1952 zusammen. Bis auf einen Gemeinderat sind alle Mitglieder des Hauses vollzählig versammelt. Außer dem Budget standen noch 57 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung, die bis auf einen (Punkt 7) ohne Debatte genehmigt wurden. Von der ÖVP wurde ein dringlicher Antrag eingebracht, eine weitere Unterstützung für den Wiederaufbau des Stephansdomes in der Höhe von 1 Million Schilling zu genehmigen. Die dringliche Behandlung wird verlangt. Die Abstimmung darüber erfolgt vor Schluß der Sitzung. Der Vorsitzende teilt mit, daß bei den Beratungen über das Budget zuerst die Generaldebatte und die Spezialdebatte über das zweite Hauptstück, Finanzen, abgehalten werden. Anschließend an die Abstimmung über Ansätze dieser Geschäftsgruppe werden die Hauptstücke I und III bis X des Voranschlages behandelt. Den Abschluß wird das Referat über Bilanz und Bedeckung bilden.

Stadtrat Resch ergreift hierauf das Wort und führt aus: Am Beginn des neuen Abschnittes, der mit dem Jahreswechsel für die Wiener Stadtverwaltung anhebt, scheint es mir nötig, vorerst einen Rückblick auf die Ereignisse und auf die Leistungen zu halten, die das heurige Jahr kennzeichnen. Die Darstellung, die ich darüber in kurzen Zügen geben will, stützt sich auf die Feststellung von Tatsachen, wobei ich aber nicht mehr Zuversicht erwecken kann, als durch diese Tatsachen begründet ist.

Die allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Stadt hat sich im laufenden Jahr, besonders im letzten Halbjahr, wesentlich verschlechtert. Die Ursache dieser ungünstigen Entwicklung liegt allein in der von mir schon einmal im Gemeinderate dargelegten Tatsache begründet, daß die Mehreinnahmen nach dem 5. Lohn- und Preisabkommen mit den Mehrausgaben nicht mehr Schritt halten konnten. Das

durch die Steuerfreiheit der Lohnerhöhungen im 5. Lohn- und Preisabkommen erzielte Abstoppen der Lohnabzugssteuer, das Sinken des steuerpflichtigen Gewerbeertrages und damit der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer infolge der Steueränderungsgesetze für das Jahr 1950, das weitere Absinken des Gewerbesteuerertrages infolge der Gewerbesteuerreform 1951, die für die Gemeinden ungünstige Verteilung der einzigen Steuer, die zur Deckung der Mehrausgaben des 5. Lohn- und Preisabkommens erhöht wurde, nämlich der Umsatzsteuer, von der die Gemeinden nur  $1/9$  erhalten, während  $2/9$  die Länder und  $6/9$  der Bund bekommen, und die seit Jahren erstarrte Grundsteuer, die sich der Geldentwertung nicht anpaßt und früher eine der Haupteinnahmequellen der Gemeinden war, haben diese ungünstige Entwicklung hervorgerufen. Der für die Gemeinden Österreichs und, wenn auch im geringeren Ausmaß, für Wien nicht ungünstige Abschluß über die Aufteilung der Ertragsanteile für das Jahr 1952 kann die Nachteile dieser Entwicklung nicht gutmachen.

Über die wirtschaftliche Entwicklung des heurigen Jahres sagte der Referent, daß das erste Halbjahr 1951 durch die Bemühungen gekennzeichnet war, das wieder einmal in Unordnung geratene Preis- und Lohngefüge auszugleichen. Zahlreiche Löhne, die mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten hatten, darunter auch die Gehälter und Löhne der öffentlich Angestellten wurden nachgezogen. Auch die zurückgebliebenen Preise einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollten hinaufgesetzt und die Subventionen, die aus öffentlichen Mitteln zur Verbilligung wichtiger Verbrauchsgüter gewährt worden waren, sollten möglichst abgebaut werden. Diese an sich nicht leichte Aufgabe wurde noch dadurch erschwert, daß ausländische Waren, so vor allem die Kohle, unerwartet und in vielen Fällen unbegründet teurer wurden. So kam es zum 5. Lohn- und Preisabkommen, mit dem versucht wurde, aus dieser wenig günstigen Lage herauszukommen. Durch dieses Abkommen mußte nicht nur das Verhältnis der Löhne und Preise in Ordnung gebracht, sondern es mußte auch für das Gleichgewicht in den öffentlichen Finanzen gesorgt werden, weil die öffentlichen Körperschaften infolge ihrer Stellung als größte Arbeit- und Auftraggeber sowie als Inhaber der größten

Wirtschaftsbetriebe für die Änderungen auf dem Preis- und Lohnsektor besonders empfindlich sind. Ob das Ergebnis des 5. Lohn- und Preisabkommens alle Erwartungen erfüllen wird, kann erst die Zukunft zeigen. Es hat aber jedenfalls verhindert, daß die Löhne und Preise getrennte Wege gehen und damit das Verhältnis zwischen Einkommen und Lebensaufwand für große Teile der Bevölkerung schwer gestört wird.

Die Gehälter der öffentlich Angestellten haben im heurigen Jahre durch die zwei Nachziehverfahren eine noch stärkere Aufwärtsentwicklung mitgemacht, als die der privaten Angestellten. Eine noch stärkere Aufwärtsentwicklung haben die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der öffentlich Angestellten durch die Angleichung der Altpensionen bis auf 95 % an die Neupensionen erfahren.

Auch die Regelung der Mietzinse nahm auf die Lohnempfänger besondere Rücksicht. Der Grundsatz, daß der Mieter durch den Instandhaltungszins für die Kosten der notwendigen Instandhaltung des Hauses aufkommen muß, ist schon im Mietengesetz festgelegt. Durch die generelle Erhöhung aber wird die Erhaltung der Häuser und Wohnungen gesichert, ohne daß die hierfür notwendige Zinserhöhung für jeden einzelnen Fall besondere beantragt werden muß. Die neue Regelung hat gleichzeitig vorgesorgt, daß die Lohnempfänger eine Mietzinsbeihilfe erhalten, sodaß eine Schmälerung ihrer Lebenshaltung dadurch vermieden wird. Sie hat allerdings auch den öffentlichen Körperschaften die Verpflichtung zur Zahlung der Mietzinsbeihilfen auferlegt, sodaß die Gemeinde Wien eine neue und schwere Belastung übernehmen muß.

#### Erhaltung der Vollbeschäftigung

Das politisch und wirtschaftlich entscheidende Problem Österreichs und wahrscheinlich auch der übrigen Welt, die Vollbeschäftigung, konnte auch heuer in Wien gelöst werden. Die Zahl der Beschäftigten hat, wie alle Berichte erkennen lassen, gegenüber dem günstigen Stand der schon in den vergangenen Jahren zu beobachten war, neuerlich zugenommen. Der Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse, der dem Beschäftigungsgrad in der privaten Wirtschaft verlässlich erkennen läßt, weist im September 1951 an Arbeitern und Angestellten zusammen 510.000 Personen

aus gegen 495.000 Personen im September 1950. Die Zahl der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft allein, ohne öffentlich Angestellte, ist also im letzten Jahre um weitere 15.000 Personen gestiegen. Wenn man bedenkt, daß im Jahresdurchschnitt 1937 die Zahl der in der privaten Wirtschaft in Wien Beschäftigten 312.000 Personen betragen hat, also um 198.000 Arbeiter und Angestellte geringer war als heute, so kann diese Differenz nicht allein aus dem damals höheren Stand an Arbeitslosen erklärt werden. Auch die Schaffung von Groß-Wien hat hierbei keine Rolle gespielt, weil die Bevölkerungszahl 1937 in Klein-Wien 1,870.000 Einwohner, heute in Groß-Wien dagegen nur 1,760.000 Einwohner beträgt, also heute geringer ist als sie damals war. Die Ursache, daß die Beschäftigtenzahl bei geringerer Bevölkerungszahl so hoch gehalten werden kann, liegt zum Teil in der größeren Zahl der beschäftigten Frauen, ferner in der stärkeren Zuwanderung und wahrscheinlich auch darin begründet, daß der Anteil der erwachsenen, also in Arbeit stehenden Menschen, an der Gesamtbevölkerungszahl größer geworden ist als früher, weil viel weniger Kinder geboren werden als 1937 und weil die Menschen auch viel älter werden als damals und damit die Zahl der Erwachsenen vermehren. Wie dem auch sei, so sichert die Vollbeschäftigung den arbeitenden Menschen ihren Arbeitsplatz und hilft damit mit, den sozialen Frieden zu erhalten. Je mehr gearbeitet wird, je mehr erzeugt wird, desto mehr können wir verbrauchen, denn die Früchte der Arbeit stehen uns entweder unmittelbar oder mittelbar als Austauschgüter zur Verfügung. Auch für die Gemeindeverwaltung bedeutet die Vollbeschäftigung die Sicherung, daß ihre Einnahmen nicht geringer und ihr Fürsorgeaufwand nicht größer werden. Stadtrat Resch gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Gemeinde nur so lange leistungsfähig bleiben wird, als es gelingt, die Vollbeschäftigung zu halten.

Natürlich hat die Gemeinde auch im Jahre 1951 zur Vollbeschäftigung durch ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm einen wesentlichen Beitrag geleistet. Im Jahre 1951 wird erstmalig nicht nur der für Wohnungsbauten im Budget vorgesehene Betrag restlos verbraucht werden, sondern darüber hinaus auch noch ungefähr

17. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2267

40,000.000 S aus der Baukostenrücklage zugeschossen werden müssen, um das Wohnbauprogramm 1951 und das Winterarbeitsprogramm fertig zu bringen. Auch im Straßenbau, bei den Erhaltungsarbeiten für die städtischen Wohnhäuser, für die Durchführung zusätzlicher Winterarbeiten und auf vielen anderen Arbeitsgebieten sind nicht nur bedeutende Mehrausgaben, sondern auch Mehrleistungen gegenüber den Ansätzen des Voranschlages zu erwarten. Diese Tendenz der Gemeinde Wien, ihren Investitionsaufwand möglichst hoch zu halten, war und wird auch für die private Wirtschaft segensreich sein, weil nur damit die Investitionsrate der österreichischen Wirtschaft trotz dem Rückgang der Auslandshilfe auf der alten Höhe gehalten werden kann.

Leistungssteigerung nur durch Senkung des Verwaltungsaufwandes

Die Erhöhung der Ansätze, die der Voranschlag 1952 gegenüber 1951 ausweist, mahnen uns zu überlegen, welche reale Kaufkraft diesen Ziffern innewohnt. Hier muß unumwunden zugegeben werden, daß die Steigerung der Zahlen nur durch die Preis- und Lohnerhöhungen bedingt sind, sodaß mit wenigen Ausnahmen die höheren Ansätze keine höheren Leistungen beinhalten. Die Höhe des vorgesehenen Betrages läßt trotzdem für jeden der den Voranschlag ohne Mißgunst beurteilen will, keinen Zweifel daran, daß die Stadtverwaltung alle Anstrengungen unternimmt, um die Aufgaben, die ihr gestellt sind, nach bestem Können zu erfüllen. Die Grenze dieser Leistungsfähigkeit liegt in der Grenze der möglichen Einnahmen, also der möglichen Belastung der Wirtschaft dieser Stadt durch Steuern, Abgaben und Gebühren. Ich glaube, daß wir in Wien dieser Grenze sehr nahe sind und ohne inflationistische Entwicklung mit wesentlichen Erhöhungen der Einnahmen nicht mehr rechnen können. Jede Steigerung unserer Leistungen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung kann daher in Zukunft nur durch eine Senkung des Verwaltungsaufwandes erreicht werden. Mit dieser Tendenz wurde schon der Voranschlag 1952 erstellt. Wir haben uns gemeinsam mit den zuständigen amtsführenden Stadträten bemüht, den Verwaltungsaufwand, das heißt den Personal- und Sachaufwand für die Führung der Verwaltung

soweit als nur möglich herabzudrücken. Wenn wir ausgeben wollen, müssen wir auch für die Bedeckung dieser Ausgaben Sorge tragen. Ich bin mir bewußt, sagte der Referent, daß dieser Voranschlag viele berechnete Forderungen und Wünsche offen läßt. Ihre Erfüllung wäre aber nur möglich, wenn andere Aufgaben der Gemeinde zurückgestellt werden. Ein Voranschlag ist nach meiner Meinung dann gut erstellt, wenn es gelungen ist, aus der Überzahl des Notwendigen die richtige Auswahl getroffen zu haben.

Der Referent betont, daß in den Ansätzen des Budgets alle Erhöhungen von Löhnen und Preisen auf Grund des 5. Lohn- und Preisabkommens berücksichtigt sind. Ausdrücklich müsse er aber feststellen, daß keine Mittel für etwaige neuerliche Belastungen - Preis- oder Lohnerhöhungen - in den Ansätzen des Budgets enthalten sind.

Neue Steuern oder Erhöhungen bereits bestehender Steuern seien mit zwei Ausnahmen nicht in Aussicht genommen. Es werden lediglich zwei zurückgebliebene Steuern nachgezogen, einerseits die Hundesteuer und andererseits die Grundsteuer A von landwirtschaftlich genutztem Boden.

#### Die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen werden im kommenden Jahr 2,6 Milliarden betragen und um 716 Millionen höher als in diesem Jahre sein, die Gesamtausgaben sind mit 2,7 Milliarden oder 717 Millionen mehr als 1951 prälimiert. Der Abgang des kommenden Jahres wird sich also ungefähr in der gleichen Höhe wie in diesem Jahr bewegen und beträgt 132 Millionen Schilling.

#### Die Aufwandsteigerung der einzelnen Gruppen

Der Personalaufwand wird im kommenden Jahr um 44 Prozent höher sein, als er im Voranschlag 1951 vorgesehen war, und zwar trotz des Umstandes, daß der Stand an Angestellten, Arbeitern und Beamten 1952 um 1475 geringer angenommen wurde als in diesem Jahr.

Trotz verschiedener Sparmaßnahmen ist beim laufenden Sachaufwand der Verwaltung eine Steigerung um 52,6 Prozent erforderlich. Die Einnahmen werden hingegen trotz eines gewissen "Optimismus" nur eine Steigerung um 37,9 Prozent erfahren.

Die Differenz zwischen den geringeren Einnahmen und den starken Ausgabenerhöhungen mußte bei den Investitionen hereingebracht werden, die im kommenden Jahr nur um 10,4 Prozent höher sein werden als 1951. Daher werden in der Arbeitsbeschaffung die Leistungen des Jahres 1951 nicht mehr erreicht werden.

Die tatsächlichen Einnahmen im ordentlichen Haushalt - ohne Kredite und nach Abzug der Wertdurchführungen - werden voraussichtlich 2,3 Milliarden Schilling ergeben.

#### Woher kommen die Einnahmen?

Der Anteil der Gemeindeabgaben an den Einnahmen beträgt mit 674.6 Millionen 29 Prozent, gegenüber 602 Millionen oder 36 Prozent der reellen Einnahmen im Jahr 1951. Die Ertragsanteile einschließlich des Kulturgroschens werden 997.6 Millionen oder 43 Prozent der Einnahmen ausmachen; 1951 waren es 618 Millionen oder 37 Prozent. Gebühren, Tarife und sonstige Einnahmen sollen 651.3 Millionen oder 28 Prozent der Gesamteinnahmen, gegenüber 454 Millionen oder 27 Prozent im Jahre 1951, erbringen.

Der Berichterstatter weist darauf hin, daß sich die Einnahmengrundlagen der Gemeinde wesentlich zu verschieben begonnen haben. Die Gemeindeabgaben sinken im kommenden Jahr um 7 Prozent, die Ertragsanteile hingegen steigen um 6 Prozent, die Gebühren, Tarife und sonstigen Einnahmen erfahren eine Erhöhung um 1 Prozent.

Ein Vergleich des Ertragnisses der Gemeindeabgaben der Jahre 1951 und 1952 ergibt, daß die Gewerbesteuer unverändert 280 Millionen bleibt, daß die Lohnsummensteuer um 35 Millionen, die Grundsteuer um 5 Millionen, die Vergnügungssteuer um 7 Millionen, die Getränkesteuer um 5 Millionen und die Gebrauchsgebühren um 12 Millionen höher veranschlagt sind als 1951.

Die Ertragsanteile haben sich um 379.6 auf 997.6 Millionen erhöht, der Kulturgroschen von 3 auf 4,5 Millionen.

Stadtrat Resch gibt hierauf einen Überblick über die diesjährigen Abgabenteilungsverhandlungen und weist darauf hin, daß der Bund ursprünglich die Erhöhung des Bundespräzipuums auf 650 Millionen und die Erhöhung des Polizeikostenbeitrages von 7 S auf 25 S pro Kopf gefordert hatte, daß aber schließlich das Bundespräzipuum wie im Vorjahr mit 400 Millionen und der Polizeikostenbeitrag mit 20 S festgesetzt wurden. Aus der Erhöhung des Polizeikostenbeitrages ergibt sich für Wien eine Mehrausgabe von 23 Millionen Schilling.

Im Jahre 1951 betragen die Ertragsanteile Wiens 748 Millionen,

wovon 18 Prozent - 133 Millionen - als Bundespräzipium zu leisten waren. 1952 werden die Ertragsanteile 1.1 Milliarden Schilling ausmachen, wovon wiederum 133 Millionen den Bund zurückzuzahlen sind. Wien hat unter Berücksichtigung des Polizeikostenbeitrages im kommenden Jahr nur 13.8 Prozent gegenüber 18 Prozent im Jahre 1951 von den Ertragsanteilen an den Bund abzuführen.

Stadtrat Resch nimmt hierauf zu Veröffentlichungen eines Gemeinderatsmitgliedes in gestrigen Tageszeitungen Stellung, wonach der Bund einen Zuschuß für die Wohnbauten der Gemeinde Wien leistet. Diese Darstellung ist grundfalsch. Der Bund leiste in Wahrheit keinen Zuschuß, sondern Länder und Gemeinden haben ein verfassungsmäßiges Recht auf ihre Anteile aus den gemeinschaftlichen Abgaben. Es stellt auch keine Bevorzugung Wiens dar, daß es seinen Anteil als Land und als Gemeinde bekommt, da jeder Einwohner Österreichs zweimal diese Anteile erhält. Wien hat nur den Vorteil, daß es die Landes- und Gemeindegeschäfte mit einem einheitlichen Verwaltungsapparat besorgen kann, so daß hier die Verwaltung billiger als in anderen Ländern ist. Die Bewohner Wiens dürfen aber nicht dafür gestraft werden, daß die Verwaltung hier besser und billiger als in anderen Ländern ist.

Es sei auch falsch zu behaupten, daß die übrigen Bewohner Österreichs für Wien etwas zahlen müssen. Wien habe 25 Prozent der Einwohner Österreichs, es erbringe aber nicht nur 25 Prozent der gemeinschaftlichen Bundessteuern, sondern 44 Prozent. Der Anteil Wiens, den es aus diesen gemeinschaftlichen Steuern erhält, ist jedoch nur 32 Prozent. Allein im Jahre 1950 hat Wien 258.7 Millionen Schilling weniger an Ertragsanteilen erhalten, als es an gemeinschaftlichen Bundessteuern eingezahlt hat. Von dieser Summe erhielt Niederösterreich 104 Millionen, Burgenland 27.7 Millionen, Oberösterreich 34.7 Millionen, Salzburg 7.8 Millionen, Steiermark 56 Millionen, Kärnten 24.5 Millionen und Tirol 14.5 Millionen. Nur Vorarlberg habe so wie Wien weniger erhalten, als es an gemeinschaftlichen Steuern aufgebracht hat.

Es zeigt sich also, daß der Vorwurf, daß die übrigen Österreicher für Wien zahlen müssen, unrichtig ist. Der Referent richtet an alle Abgeordneten des Hauses den Appell, solche unrichtige, Wien schädigende Äußerungen in Hinkunft zu unterlassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Einnahmen an Gebühren und Tarifen werden 1952 um 197 Millionen höher sein als 1951 und 651,3 Millionen betragen.

Der Referent kommt hierauf auf die Leistungen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds für Wien zu sprechen und stellt fest, daß bisher 356 Ansuchen mit einer Bausumme von rund 126 Millionen Schilling genehmigt wurden. 100 Millionen hievon stammten aus den Fonds, 26 Millionen hat die Gemeinde im Wege der Vorfinanzierung zur Verfügung gestellt. Tatsächlich überwiesen wurden bisher 22,2 Millionen. Diese schleppende Überweisung ist auf die komplizierten Abrechnungsmethoden zurückzuführen. Rund 75 Millionen der genehmigten Mittel sind bereits verbaut. 52 Ansuchen mit einer Bausumme von 36 Millionen sind noch nicht bewilligt. 19 Großprojekte mit 55 Millionen Wiederaufbaukosten sind beim Stadtbauamt in Arbeit, 43 Projekte - meist Baugebrechen nach Kriegsschäden - sind noch in Ausarbeitung.

Er könne erklären - betont der Referent - , daß, wenn es gelingt, im nächsten Jahr die vorgesehenen 65 Millionen Schilling zu verbauen, die im Budget für diesen Zweck eingestellt sind, der Wiederaufbau der städtischen Wohnhäuser bis Ende 1953 abgeschlossen sein wird. (Beifall bei den Sozialisten.)

#### Das Personal

Die Ausgaben für das gesamte Personal sind von 630 Millionen auf 907 Millionen gestiegen, das sind um 277 Millionen S oder **um 44 Prozent mehr**. Der Personalstand, der im Voranschlag 1951 36.991 betrug, ist für 1952 mit 35.516 angenommen, das sind um 1.475 Bedienstete weniger. Die Zahl der Pensionsparteien hat am 1. August 1950 12.352 betragen, und am 1. August 1951 12.795, das sind um 443 mehr. Die Kosten für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse sind ungleich höher gestiegen, **u. zw. von 97 Millionen** auf 164 Millionen, das sind 69 Prozent. Die Ursache dafür ist nicht nur in der Erhöhung der Zahl der Pensionisten oder in der Automatik der Pensionsbezüge, sondern vor allem in der Angleichung der Altpensionisten auf 25 Prozent der neuen Pensionen zu suchen.

Der Personalaufwand beträgt im Vergleich zum ordentlichen Aufwand 34,7 Prozent, 1951 waren es 33,6 Prozent. Der Referent

betonte, daß dies jedoch keinen richtigen Vergleich gebe, weil bei der derzeitigen Erstellung des Budgets die Investitionen berücksichtigt werden müssen.

Die Ursachen für die Erhöhung des Personalaufwandes sind in den zwei Nachziehverfahren zur Entnivellierung und in den beiden Loherhöhungen im Frühjahr und beim 5. Lohn- und Preisabkommen zu suchen; ferner in der Angleichung der Pensionen und Nebenbezüge. Der Anfangsbezug des niedrigsten ledigen Angestellten beträgt gegenwärtig 1.006 Schilling, die dreizehnmal ausbezahlt werden. Dies ist das 5.8fache der Anfangsbezüge vor dem Krieg. Der Endbezug beträgt 7.948 S, ebenfalls dreizehnmal, das ist das 3.7fache des Friedensbezuges. Das Durchschnittsgehalt auf 12 Monate gerechnet beträgt 1.468 S, 1951 waren es 1.068 S, ist also um 400 Schilling höher. Der Personalaufwand, stellte Stadtrat Resch fest, bedeutet noch immer das Hauptproblem, das sogar noch bedeutender geworden ist, weil die Gehälter höher stiegen und gegen die Privatwirtschaft nicht zurückbleiben.

#### Die Finanzen

In der Geschäftsgruppe II haben sich die Ausgaben verdoppelt. Sie sind von 117 Millionen auf 235 Millionen gestiegen. Die Einnahmen betragen demgegenüber 1.769 Millionen. Das sind um 494 Millionen mehr. Der Überschuß beträgt 1.534 Millionen, der als Zuschuß für alle anderen Verwaltungsgruppen verwendet wird. Die Ursachen für die Verdoppelung der Ausgaben sind u.a. in der Steigerung der Beteiligungen und Darlehen von 40 auf 60 Millionen zu suchen, die durch die höheren Umsätze notwendig wurden, die auch ein höheres Betriebskapital verlangen. Bei dieser Gelegenheit gab Stadtrat Resch einige Ziffern über den Umfang der Beteiligung der Gemeinde Wien an privaten Gesellschaften. Die Gemeinde ist mit mindestens 50 Prozent an 9 Aktiengesellschaften und 21 Ges.m.b.H. beteiligt. An weiteren 51 Gesellschaften ist die Gemeinde ohne die Unternehmungen mit Minderheitsanteil beteiligt.

Eine zweite Ursache für die Erhöhung der Ausgaben liegt im Ankauf von Wertpapieren; diese Ausgaben sind von 20 auf 30 Millionen gestiegen. Stadtrat Resch stellte fest, daß die Gemeinde nur eigene Papiere kauft und es ablehnt, spekulative Käufe vorzunehmen. Der größere Betrag ist möglich, da im nächsten Jahr die

Dollaranleihe fällig wird.

Zum erstenmal ist auch ein Darlehen an Gemeinnützige Siedlungs- und Baugenossenschaften in der Höhe von 25 Millionen Schilling vorgesehen. Gleichzeitig damit meldet die Gemeinde ihre Ansprüche auf einen gerechten Anteil der 280 Millionen des Bundeswohn- und Siedlungsfonds an, der der Steuerleistung Wiens entspricht. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch der Schuldendienst mußte von 17 Millionen auf 50 Millionen erhöht werden. Dies deswegen, weil die letzte Tranche der Dollaranleihe nächstes Jahr fällig wird. Hiefür sind 1,330.000 Dollar notwendig, das sind umgerechnet 34.5 Millionen Schilling. Stadtrat Resch gab der Hoffnung Ausdruck, daß nicht alle Stücke bereits nächstes Jahr überreicht werden.

Der Referent gab auch einen Überblick über den Schuldenstand der Hoheitsverwaltung, umgerechnet in Schillinge nach dem Prämienkurs. Demnach beträgt der Gesamtschuldenstand 158.2 Millionen; dafür beträgt der Schuldendienst, das heißt Tilgung und Verzinsung, nur 5.3 Millionen, das sind 2 Promille der Ausgaben, also ein mehr als beruhigender Stand. Auch die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben mußte von 30 auf 50 Millionen erhöht werden.

Stadtrat Resch gab die Versicherung, daß die Finanzgruppe ihre Pflicht der Subventionierung aller anderen neun Geschäftsgruppen der Hoheitsverwaltung auch nächstes Jahr voll erfüllen können wird.

#### Kultur und Volksbildung

Die Ansätze für Kultur und Volksbildung sind von 15.5 Millionen auf 21.5 Millionen, das sind um 6 Millionen oder 40 Prozent, gestiegen. Dazu kommen 550.000 Schilling im außerordentlichen Haushalt, sowie 1 Prozent der Baukosten für Aufträge an Künstler und rund eine Million für Subventionen, die von Finanzressort ausgegeben werden. Stadtrat Resch wies darauf hin, daß bei einem Vergleich des Kulturbudgets mit anderen Ländern beachtet werden müsse, daß die Länder ihr Budget nach dem sogenannten Einheitsvorschlag erstellen. Er unterscheidet sich dadurch, daß sämtliche Verwaltungsgruppen betriebsmäßig dargestellt sind, das heißt, daß auch der gesamte Personal- und Sachaufwand darin enthalten ist.

### Das Wohlfahrtswesen

Die Ausgaben im Wohlfahrtswesen steigen von 254 Millionen auf 357 Millionen, das sind um 103 Millionen oder um 40 Prozent mehr. Die Ausgaben für eigene Erziehungsheime steigen von 28 Millionen auf 45 Millionen, für fremde Anstalten von 9 auf 12 Millionen. Insgesamt also 57 Millionen. Die Ursache liegt in der Erhöhung der Verpflegskosten. 54 Millionen müssen davon aus Steuermitteln getragen werden.

Bei den Kindergärten und Horten ergibt sich eine Steigerung von 34 auf 40 Millionen. 7 bereits begonnene oder geplante Kindergärten werden im nächsten Jahr fertiggebaut. Vor einem weiteren Ausbau werden Untersuchungen über den dauernden Bedarf nötig sein.

Die Ansätze für Wohlfahrtspflege steigen von 62 auf 81 Millionen.

Die Ausgaben für die Altersheime betragen 64 Millionen, das sind um 21 Millionen mehr als 1951.

Die Fürsorgeverbandskosten, das sind die Beträge, die für Leute ersetzt werden müssen, die aus eigenen Mitteln nicht die Spitalskosten usw. leisten können, steigen von 51 auf 81 Millionen.

### Das Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen beansprucht 412 Millionen gegenüber 289 Millionen im Vorjahr. Weitere 7 Millionen sind im außerordentlichen Aufwand für Fondsanstalten vorgesehen.

Das Defizit der Anstaltenverwaltung durch die Spitäler, Erziehungs-, Alters- und Obdachlosenheime beträgt 1952 304,9 Millionen Schilling, 1951 waren es 201,2 Millionen, 1950 190,7 Millionen. Je Bett und Tag muß die Gemeinde, die Obdachlosenheime nicht berechnet, 35,25 S Zuschuß aus Steuermitteln geben.

Für den klinischen Mehraufwand, den zu tragen der Bund verpflichtet wäre, wurde bis 1948 eine Pauschalvergütung geleistet; seither hat sich der Magistrat bis vor wenigen Wochen bemüht, ein Übereinkommen mit dem Bund zu finden. Trotz seinem großzügigen Angebot sind die Verhandlungen gescheitert. Es bleibt

nunmehr nur die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof übrig, die der Stadtsenat in seiner letzten Sitzung beschlossen hat. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Resch betonte, daß das Defizit der Anstaltenverwaltung nicht nur für Wien, sondern auch für die übrigen Länder und Gemeinden nicht mehr tragbar ist. Das Unrecht in Wien ist ein dreifaches. 25 Prozent der Patienten sind Nichtwiener, vor 1938 gehörten die Fondsanstalten dem Bund und seit 1939 wurde das Defizit vom Deutschen Reich getragen.

Der Referent machte die alarmierende Mitteilung, daß eine Reihe von Gemeindespitalern in den Bundesländern vor der Sperre stehen, wenn nicht rasch ein Weg der Hilfe gefunden werde. Sonst werden tausende Kranke in den Ländern, wenn auch nicht in Wien, kein Spitalsbett finden, das für ihre Gesundheit notwendig ist. Es ist die Pflicht aller öffentlichen Körperschaften, hier Abhilfe zu schaffen. Wenn der Bund dieses Problem nicht lösen will, schloß Stadtrat Resch, werden wir in Wien die Anstalten dem Bund zurückstellen müssen.

#### Das Bauwesen

Die Ausgaben für das Bauwesen steigen von 601 Millionen auf 757 Millionen, das sind um 26 Prozent. Dazu kommen noch 22,5 Millionen im außerordentlichen Haushalt. Die Steigerung des Aufwandes bleibt deswegen unter dem Durchschnitt, weil die Investitionen geringer sind. Trotzdem stellt das Bauwesen das Kernstück der Arbeitsbeschaffung dar. Wenn die Baukosten auf den gegenwärtigen Niveau bleiben, werden mit den 425 Millionen, die für Wohnungsneubauten vorgesehen sind, 5000 Normalwohnungen und 1000 Schnellbauwohnungen gebaut werden können. Dazu kommen noch die genossenschaftlichen Siedlungsbauten aus Krediten des Bundes und der Gemeinde und die Wiederherstellung kriegsbeschädigter Wohnungen aus Bundes- und Gemeindemitteln. Stadtrat Resch schätzte die Zahl der so neu- oder wiederhergestellten Wohnungen auf 3000. Das ergibt zusammen 9000 Wohnungen. Er freue sich, diese frohe Botschaft für Wohnungslose, die aber auch eine frohe Botschaft für die dabei beschäftigten Arbeiter ist, überbringen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Ersatzvornahmen konnten von 24 Millionen auf 15 Millionen gesenkt werden, weil das Handelsministerium endlich bei Kriegsschäden Mittel zur Verfügung stellt; dann aber auch, weil für Zeitschäden durch die Erhöhung der Mietzinse eine Kreditbasis geschaffen wurde, durch die Privatkredite möglich sind.

Der Straßenbau sieht 56 Millionen, um 11 Millionen mehr, vor.

Im Brücken- und Wasserbau sind 39 Millionen, um 14 Millionen mehr, veranschlagt. Dazu kommen 14 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

Für Kanalisation sind um 4 Millionen mehr, und zwar 36 Millionen, vorgesehen.

Für die Wasserwerke wurden 82 Millionen, um 18 Millionen mehr, präliminiert.

Für die öffentliche Beleuchtung sind 12 Millionen, um 2 Millionen mehr, vorgesehen, dazu 3.5 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

Die Ausgaben für die Gärten betragen 28 Millionen, um 10 Millionen mehr.

Die Bäder haben 27 Millionen, um 3 Millionen mehr, veranschlagt, dazu 1.2 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

Insgesamt werden für Baugewerbe und Bauberggewerbe in allen Verwaltungsgruppen 823.9 Millionen Schilling ausgegeben werden. Das sind volle 30 Prozent des Budgetvolumens. (Stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

#### Baubehördliche und technische Angelegenheiten

Die Ansätze in der Geschäftsgruppe für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten stiegen von 122 Millionen um 39 Millionen auf 161 Millionen.

Für die Friedhöfe sind 22 Millionen, um 6 Millionen mehr, vorgesehen. Dazu kommen 300.000 S im außerordentlichen Haushalt.

Die W&B chereien sind mit 8 Millionen, um 3 Millionen höher, veranschlagt. Es ist dies einer jener Betriebe, betonte der Referent, der in der öffentlichen Hand billiger als die Privatwirtschaft arbeitet.

Das Gegenstück dazu ist der Fuhrpark, dessen Ausgaben um 10 Millionen auf 39 Millionen steigen. Dort sind die Kosten wesentlich höher als in der Privatwirtschaft, weil die alten Wagen hohe Erhaltungskosten verursachen, weil der Wagenpark nicht voll aus-

genützt wird, und auch hohe Personalkosten verzeichnet werden.

Die Ansätze für Straßenpflege und Kehrichtabfuhr sind um 18 Millionen auf 84 Millionen gestiegen.

#### Wohnungswesen

Die Ansätze für die Geschäftsgruppe Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen sind von 63 auf 76 Millionen, also um 13 Millionen gestiegen. Dazu kommen 65 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden. Bei diesen Ziffern sind die Zinserhöhungen aus mietergeschützten Wohnungen eingerechnet, nicht aber die Erhöhungen aus nichtmietergeschützten Wohnungen. Diese werden voraussichtlich 20 Millionen Schilling betragen, doch werden <sup>auch</sup> diese Mehreinnahmen zur Gänze für Erhaltungsarbeiten verwendet werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

Gegenüber den immer wieder vorgebrachten Unwahrheiten über einen angeblichen Zinswucher der Gemeinde, gab Stadtrat Resch einen Überblick über die kassenmäßige Gebarung der Wohnhausverwaltung für 1952. Daraus ergibt sich ein kassenmäßiger Zuschuß aus Steuermitteln von 25 Millionen Schilling. Von Zinswucher kann also keine Rede sein. Der Referent machte auch darauf aufmerksam, daß diese Vorgangsweise nur so lange möglich ist, als Kriegsschäden behoben und Unterlassungen der Vergangenheit gutgemacht werden müssen. In Zukunft müsse man jedoch damit rechnen, daß die vollen Erhaltungskosten, Betriebskosten und Steuern von den Mietern getragen werden. Es sei unmöglich, die besten und meist billigsten Wohnungen noch durch Zuschüsse von Mietern, die schlechter und teurer wohnen, zu verbilligen.

#### Wirtschaftsangelegenheiten

In der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten sind Ausgaben von 199 Millionen, um 54 Millionen mehr, vorgesehen. Dazu kommen 22 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

Der Schulaufwand ist für die Pflichtschulen um 25 Millionen auf 83 Millionen gestiegen. Dazu kommen 16 Millionen für Kriegsschäden. Der Gesamtaufwand der Pflichtschulen, das sind die Volks-, Haupt- und Sonderschulen, beträgt 99 Millionen Schilling. Vorgesehen sind zwei große Neubauten, 5 kleinere Neubauten und 19 Wiederaufbauten. Damit wird, wie Stadtrat Resch mitteilte, nach Ablauf des nächsten Jahres die Schulraumnot in Wien im wesentlichen beseitigt sein.

Erstmals ist auch das Landesjugendreferat, das bisher aus Subventionen erhalten wurde; budgetiert. Es organisiert Ferienlager und Beschäftigungen in der Freizeit.

Für die Berufsschulen sind 17 Millionen statt 12 Millionen im Jahr 1951 veranschlagt.

16 Millionen, um 4 Millionen mehr, sind für die Märkte vorgesehen.

Die Schlachthöfe wurden mit 15.5 Millionen veranschlagt, das sind um 1.5 Millionen mehr, dazu noch 6 Millionen im außerordentlichen Haushalt.

#### Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Die Ausgaben in der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sind von 52 auf 79 Millionen um 27 Millionen gestiegen. Die Feuerwehr hat 41 Millionen, das sind um 11 Millionen mehr, vorgesehen, dazu kommen 200.000 S für Kriegsschäden.

#### 116 Erinnerungen zum Budget

Der Referent gab auch einen Überblick über die Erinnerungen zum Budget 1952, ein Recht, das jedem Gemeindebürger zusteht. Gewisse Zeitungen haben sich bemüht, daraus eine Aktion zu machen und haben jeden Tag Aufrufe veröffentlicht. Das Ergebnis hat jedoch die Mühe und die Kosten nicht gelohnt. Insgesamt sind 162 Personen den Aufrufen gefolgt, von denen aber nur 116 Erinnerungen abgegeben wurden, denn als man von ihnen Unterschrift und Adresse verlangte, zogen es viele vor, ihren vorgedruckten Zettel wieder mitzunehmen. Die Erinnerungen betreffen eine Anzahl von örtlichen und schon bekannten kleineren Forderungen auf so ziemlich allen Gebieten der Stadtverwaltung. Eine davon hob Stadtrat Resch als Kuriosum hervor, in der verlangt wird, daß die Pensionsberechtigung bei den öffentlichen Angestellten wegfallen und an ihre Stelle die Altersrente treten soll. Eine nicht sehr populäre Forderung.

#### Die Aufgaben der Zukunft

Der Voranschlag, so betonte Stadtrat Resch, kann nur erfüllt werden, wenn die Einnahmen, besonders die sehr hoch präliminierten Einnahmen aus den Ertragsanteilen, in der veranschlagten Höhe auch tatsächlich eingehen und die Preise und Löhne nicht neuerlich ansteigen. Die Voraussetzungen hiezu scheinen mir dann gegeben, wenn die Vollbeschäftigung in diesem Lande gehalten werden kann.

Was hiezu die Gemeinde Wien beitragen kann, hat sie durch das große Arbeitsbeschaffungsprogramm dieses Voranschlags getan. Wenn auch der Bund sein Investitionsprogramm 1952 einhalten kann, wird der Teil der Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten, der direkt oder indirekt aus den Investitionen der öffentlichen Körperschaften bestritten wird, im kommenden Jahr gehalten werden. Der Versuch, die Währung zu stabilisieren, zu stabilen Preisen und Löhnen zu kommen, wird auch die Gemeindeverwaltung im nächsten Jahr vor schwere wirtschaftliche und finanzielle Probleme stellen. Jede Stabilisierung der Wirtschaft eines Landes nach einer Periode des sinkenden Geldwertes erfordert Einschränkungen. Diese Einschränkungen richtig zu verteilen, die Herstellungskosten aller Waren so tief wie wirtschaftlich nur möglich herabzusetzen, um den Absatz zu steigern und im Export konkurrenzfähig zu bleiben und die Aufteilung des Sozialproduktes so gerecht vorzunehmen, daß nicht große Vermögen einzelner angehäuft werden, sondern die Kaufkraft der Massen erhöht wird, muß die große Aufgabe der kommenden Entwicklung sein. Von der volkswirtschaftlich richtigen Lösung dieser Probleme wird es abhängen, ob die Vollbeschäftigung und damit die Grundlage einer leistungsfähigen öffentlichen und privaten Wirtschaft gehalten werden kann.

Was die Gemeinde Wien dazu tun kann, um den Übergang zu einer stabilen Wirtschaft ohne Erschütterungen möglich zu machen, wird sie tun. Wir werden keine Maßnahmen treffen, die das Preisgefüge unserer Wirtschaft stören oder neue Preisauftriebstendenzen auslösen könnten. Wir können allerdings die Hoffnungen jener nicht erfüllen, die von uns Tarifsenkungen oder Steuerermäßigungen erwarten. Unsere Tarife decken nicht einmal die Selbstkosten, und sie enthalten keine Verdienstspanne, die als Grundlage einer Tarifsenkung dienen könnte. Solche Tarife zu ermäßigen, hieße die Belastung nur von den Tarifen auf die Steuereinnahmen der Gemeinde zu verschieben. Es müßten dann den unvermeidlichen Aufwand dieser Betriebe nicht die Abnehmer ihrer Leistungen, sondern die gesamte Bevölkerung tragen, auch jene, für die die Betriebe keine Leistungen erbringen. Das würde die Wirtschaft nicht ent-

lasten, sondern die Belastung nur auf eine andere Ebene verschoben; dies wäre nicht nur wirtschaftlich erfolglos, sondern auch ungerecht. Steuerermäßigungen sind ebenfalls so lange nicht möglich, als die notwendigsten Aufgaben der Gemeinde nicht erfüllt sind. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Gemeindeflasten in Wien größer sind als in anderen Städten Österreichs, so sind es auch die Aufgaben. Es wäre unmöglich und würde unseren sozialen Frieden gefährden, wenn Steuern nachgelassen werden, dafür aber etwa unsere Wohnungslosen weiterhin ohne Obdach und unsere Bauarbeiter ohne Arbeit blieben. Dazu kommt, daß die Gemeinde Wien ihre Steuereinnahmen restlos wieder der Wirtschaft zuführt, also wieder Arbeit damit schafft. Diese Funktion der öffentlichen Wirtschaft ist von eminenter Bedeutung, weil die Mittel planmäßig dort eingesetzt werden können, wo die private Wirtschaft die vorhandene wirtschaftliche Kapazität nicht ausnützen kann, wie zum Beispiel in der Bauwirtschaft. Die Investitionen der öffentlichen Wirtschaft sind ein unentbehrlicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich geworden. (Beifall.) Steuern nachzulassen und dafür Arbeitslose zu schaffen ist ein Weg, den sich Österreich weder wirtschaftlich noch weniger aber politisch leisten kann.

#### Der Beitrag der privaten Wirtschaft

Wir wissen, fuhr der Referent fort, daß das Gelingen der in nicht gerade günstiger Zeit von den Kammern und den Gewerkschaften begonnenen Preissenkungsaktion auch davon abhängt, daß jede unnötige Belastung der Wirtschaft vermieden wird. Da die Preissenkung eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederkehr des Vertrauens zur Währung und damit für die Aufrichtung einer stabilen Wirtschaft ist, muß auch die öffentliche Wirtschaft durch größte Sparsamkeit in ihrer Verwaltung dafür sorgen, daß nicht unnötige Lasten bestehen bleiben oder neue Lasten entstehen. Stadtrat Resch unterstrich die Feststellung des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, daß es die höchste Pflicht jeder öffentlichen Verwaltung ist, zu sparen und wieder zu sparen. Das geschieht schon heute in der Verwaltung der Stadt. Er hoffe, es werde noch besser werden. Er hoffe aber auch, daß die private Wirtschaft durch strengere Kalkulation ihrer Preise

und durch Anwendung moderner Arbeitsmethoden dazu beitragen werde, daß mit den vorhandenen Mitteln der Gemeinde die größtmögliche wirtschaftliche Leistung erzielt werden kann. Hiezu gehört auch die Erkenntnis, daß die Zeiten leichten und großen Verdienens endlich vorbei sein müssen. Wenn alle, schloß Stadtrat Resch, die öffentliche und die private Wirtschaft, ihre Pflicht erfüllen, dann muß und dann wird es uns gelingen, die Wirtschaft unseres Landes und unserer Stadt zu stabilisieren und damit der Bevölkerung Wiens eine gesicherte Zukunft zu schaffen. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Wicha (WdU) betont, die Tatsache, daß das Bundesbudget bereits 20 Millionen und das der Gemeinde Wien 2,6 Milliarden betrage, sei der schlagendste Beweis für die vollkommen verfehlte Wirtschaftspolitik der Koalitionsparteien in diesem Staate.

Die bisher durchgeführte Preissenkungsaktion sei nur eine Beruhigungsspielle für die aufgeregte Bevölkerung gewesen. Es wäre notwendig, daß die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht und wenigstens einen bescheidenen Beitrag zu dieser Aktion leistet. Vor allem müßte der funktionslose Zwischenhandel, die Quelle allen Übels, ausgeschaltet werden.

Die Unabhängigen wenden sich dagegen, daß bei der Gemeinde Wien die Ausnahmegesetzgebung in geradezu gehässiger Weise verewigt wird. Mit dieser Verfolgung müßte Schluß gemacht werden, weil kein Staatsbürger, der guten Willens ist, vom Aufbau in ungerem Staate ausgeschlossen werden darf. Die Unabhängigen treten bedingungslos für die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze ein. Sie wollen eine handlungsfähige Demokratie in Österreich und bekennen sich mit aller Leidenschaft zu einem vereinten Europa, weil nur ein geeintes Europa die Möglichkeit hat, die abendländische Kultur vor dem gänzlichen Verfall zu retten.

Da die Zusammensetzung der öffentlichen Körperschaft längst nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspricht, verlangen die Unabhängigen sofortige Neuwahlen.

In Anbetracht des Defizits von 132 Millionen muß erneut die Forderung nach einer ernstlichen Verwaltungsvereinfachung erhoben werden.

Der Redner stellt hierauf eine Reihe von Anträgen.

Er fordert, der Bevölkerung jeweils mitzuteilen, welche Belastung pro Kopf der Bevölkerung durch Steuern in jedem Jahr vorgesehen ist. 1952 werde jeder Wiener 1422 S an Gemeindeabgaben zu zahlen haben.

Die Grund- und Wohnungseigentümer, deren Besitz von einer alliierten Besatzungsmacht beschlagnahmt ist und die keine Entschädigung erhalten, sollen eine Stundung aller Landes- und Gemeindeabgaben erhalten.

Jene Landes- und Gemeindeabgaben, deren Erträgnis so gering ist, daß es den Verwaltungsaufwand nicht deckt oder nur um ein Geringes überschreitet, sollen im Interesse der Verwaltungsvereinfachung aufgelassen und durch eine entsprechend hohe Verwaltungsabgabe ersetzt werden.

Er verlangt die Befreiung alkoholfreier Obst- und Beerenmoste von der Getränkesteuer, da dies im Interesse der Jugend und der Volksgesundheit gelegen ist.

Zahlungsrückstände aufgehobener Abgaben sollen gänzlich abgeschrieben werden.

Dem Gemeinderat soll eingehend darüber berichtet werden, in welcher Weise sich der bekannte Rückgang der Einwohnerzahl Wiens infolge der Abwanderung vieler Tausender Wiener nach anderen Bundesländern beim Finanzausgleich für Wien ausgewirkt hat.

Der Magistrat solle endlich den vom Finanzreferenten bereits im Vorjahr zugesagten Ausweis über das gesamte Vermögen der Gemeinde Wien unverzüglich erstellen und ehestens dem Gemeinderat vorlegen.

Es soll dem Gemeinderat auch eine Übersicht über die Entwicklung des Schuldenstandes, insbesondere der Fremdwährungsschulden, vorgelegt werden.

Dem Gemeinderat möge darüber Bericht erstattet werden, welche unter den Begriff Deutsches Eigentum fallende Vermögenwerte von der Stadt Wien beansprucht oder verwaltet werden und in welcher Weise für eine allfällige Rückstellung und Ersatzansprüche der rechtmäßigen Eigentümer vorgesorgt ist.

Es soll dem Gemeinderat Mitteilung gemacht werden, nach welchem Schlüssel seinerzeit die Aufteilung der Pensionslasten zwischen Wien und Niederösterreich erfolgte und wie hoch dieser Pensionistenstand heute noch ist.

Im Hinblick auf den ständigen Rückgang des Reinertragnisses der Armenlotterie sollen Maßnahmen für eine zeitgemäße Ausgestaltung, Werbung und Verwaltung dieser Lotterie getroffen werden.

Der Magistrat solle dem Gemeinderat berichten, welchen Gesamtaufwand die zu leistenden Versicherungsprämien der Gemeinde Wien verursachen.

Schließlich fordert der Redner die Bereitstellung von Mitteln für die nachträgliche Entlohnung der im Jahre 1945 ungesetzlich zu Zwangsarbeiten herangezogenen Arbeitskräfte, da diesen Personen nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes für die geleisteten Arbeiten eine Entlohnung gegeben werden muß.

Der Amtsführende Stadtrat sei bei der Erstellung dieses Budgets bestimmt von den besten Absichten geleitet gewesen, die jedermann anerkenne, daher werden die Unabhängigen für dieses Kapitel des Voranschlages stimmen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender Bürgermeister Jonas unterbricht gegen 12 Uhr die Beratungen. Sie werden um 13.30 Uhr wieder aufgenommen.

GR. Lauscher (LBl.) erklärte, daß das vorliegende Budget in keiner Weise dem Willen der arbeitenden Bevölkerung entspreche, der bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck kam. Dies Budget sei eine Folge der Lohn-Preis Pakte und einer schleichenden Inflation. Obwohl die Zahlen des Budgets gegenüber den vergangenen Jahren bedeutend größer geworden sind, seien die tatsächlichen Aufwendungen in vieler Hinsicht kleiner geworden. Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien trifft nicht die Besitzenden sondern die arbeitende Bevölkerung. Der Geist Breitners sei durch die Koalitionspolitik aus dem Rathaus verbannt worden. Bei der Abgabenteilung sei Wien zu kurz gekommen. Allein in den letzten 3 Monaten wurden 30 Abgaben und Tarife der Gemeinde erhöht, was wieder in erster Linie den arbeitenden Menschen belastet. Die geplante Erhöhung der Hundesteuer ist ein Musterbeispiel für die asoziale Steuerpolitik der Gemeinde. Die Folge dieser Steuerpolitik sei ein Rückgang des Konsums bei allen Nahrungsmitteln. Auch die Frequenz der Straßenbahn ist als Folge der Tarifierhöhungen von 1948 bis heute um 100 Millionen Fahrgäste zurückgegangen. Die sogenannten Preissenkungsaktionen seien eine Augenauswischerei, dies beweise auch der Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung. Die Gemeinde Wien jedoch habe sich nicht einmal bemüht, wenigstens die Optik dieser sogenannten Preissenkungen zu wahren. Der Redner forderte die Besteuerung des Be-

sitzes und des Übergewinns und die Begleichung von eventuellen Defiziten aus diesen Steuereingängen.

Er kritisierte den sozialen Wohnhausbau der Gemeinde und erklärte, daß in den Jahren vor 1932 bis 16.5 Prozent des Gesamtbudgets für den sozialen Wohnhausbau aufgewendet wurden. Im Jahre 1951 seien es trotz des furchtbaren Wohnungselendes, das durch den Krieg verursacht wurde, nur 16,2 Prozent.

Die Novellierung des Mietengesetzes werde auch von den meisten Sozialisten abgelehnt und es sei für die Parteiführung schwierig, unter ihren Vertrauensleuten und Mitgliedern diesen Widerstand zu überwinden. Die sogenannte Mietzinsbeihilfe sei durch die Preiserhöhungen dem arbeitenden Menschen längst wieder weggenommen worden. Er forderte eine Sondersteuer auf den Besitz zur Durchführung des sozialen Wohnungsbaues und die Annullierung der Mietzinserhöhungen und wandte sich gegen die Vergebung von Wohnungen nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten.

Der Redner erklärte, daß auch die Erhöhungen der Budgetansätze für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen in keiner Weise den Preissteigerungen entsprechen. Noch niemals in der demokratischen Republik habe das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen einen solchen Tiefstand gezeigt wie heute. Auch bei den Kindergärten seien die Beiträge der Eltern um 80 Prozent gestiegen die Aufwendungen dagegen nur um 20 Prozent. Auch für die Jugend habe das vorliegende Budget nicht viel übrig, das beweise der Ansatz für Stipendien in der Höhe von nur 1.1 Millionen Schilling. Die Sportförderung werde gleichfalls vernachlässigt, obwohl gerade sie die verderbliche Wirkung der amerikanischen Schundliteratur wettmachen könnte. Die materiellen Verhältnisse der Gemeindebediensteten und Pensionisten werden von Jahr zu Jahr schlechter. Der Redner verlangte daher im Namen seiner Fraktion die Erhöhung der Gehälter und die Auszahlung einer Überbrückungshilfe und die Rücknahme bereits ausgesprochener Kündigungen. Da das vorliegende Budget in keiner Weise die Wünsche der Bevölkerung berücksichtige, werde seine Fraktion dagegen stimmen. Der Grund für diese Mißstände sei die unpopuläre Koalitionspolitik, die trotz Scheinmanöver und Spiegelfechtereien in der Presse aufrecht erhalten wird.

Gegen die Sozialisten gewendet stellte er die Frage, ob sie sich nicht schämen, mit den faschistischen Totengräbern der ersten Republik entgegen den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Den VdU bezeichnete der Redner als dritten Partner der Koalition, der auf Wunsch der Amerikaner gegründet wurde. Während sich die Unternehmer am Marshallplan, der angeblich zur wirtschaftlichen Rettung der Völker Europas gegründet wurde, bereichern, bleiben die Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen weit hinter der Preisentwicklung zurück. Die wahre Aufgabe des Marshallplanes sei es gewesen, die Völker Europas in den amerikanischen Kriegsblock einzugliedern. Dies beweise das Weisbuch des Weltfriedensrates, und auch die Budgetdebatten im Parlament haben diese Tatsachen bestätigt. Als der Redner auf die beabsichtigte Errichtung eines englischen Militärflughafens in Simmering zu sprechen kam und er die Antwort des Bürgermeisters auf eine diesbezügliche Anfrage des Linksblockes als unbefriedigend bezeichnete und erklärte, daß diese Antwort trotz des Ernstes der Anfrage, da es sich doch offensichtlich um englische Kriegsvorbereitungen handelt, eine ausgesprochen formale Auffassung zeige, kam es zu erregten Zwischenrufen (GR. Marek (SPÖ): Darüber werden Sie dem Bürgermeister keine Vorschriften machen!). Die Bestimmungen des Kontrollabkommens hätten Bürgermeister Körner nie daran gehindert, bei den Alliierten persönlich zu intervenieren. Wenn es überhaupt eine Frage gibt, in der sich alle Wiener, ja überhaupt alle Gutgesinnten einig sind, dann muß es die Ablehnung eines neuen Krieges sein. (GR. Marek: Wer stört unseren Frieden? Sie Demagoge!)

Als der Redner auf die Veröffentlichung der amerikanischen Zeitschrift *Colliers* zu sprechen kam und erklärte, daß darin Wien unter den Städten, die für die Bombardierung mit Atombomben vorgesehen seien, aufscheint, kam es erneut zu erregten Zwischenrufen. (GR. Marek zu den Kommunisten gewendet: Der Genickschuß bleibt Ihnen nicht erspart.- GR. Sigmund (SPÖ): Sie und Ihre Partei sind aus der Gemeinschaft der Gutgesinnten ausgeschlossen!) Der Redner erklärte, er könne es nicht glauben, daß auch nur ein Mitglied des Gemeinderates einen dritten Weltkrieg haben wolle und sich alle zur Wahrung des Friedens zusammenschließen müssen.

17. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2286

(Zwischenruf: Mit Euch nicht! - GR.Lauscher: Sie werden das bitter bereuen! - GR.Marek: Wohl dann, wenn uns die NKWD die Pistole an die Brust setzt!) Abschließend verlas der Redner einen Resolutionsantrag, der den Gemeinderat auffordert, von den Großmächten eine Politik des Friedens zu verlangen und gegen jede Politik der Kriegsvorbereitung Stellung zu nehmen. (Während der Verlesung des Resolutionsantrages kam es wiederholt zu Zwischenrufen. (Sigmund: Wenn Sie das nach Moskau schicken, werden Sie aus der Partei ausgeschlossen!))

Unterbrechung der **Budgetdebatte**. - Fortsetzung siehe Seite 2288

- - - - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Dezember  
=====

17. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft von der Vorwoche:  
5 Ochsen, 2 Kühe, Summe 7. Neuzufuhren aus dem Inland: 330 Ochsen, 257 Stiere, 825 Kühe, 122 Kalbinnen, Summe 1.534. Gesamt-auftrieb: 335 Ochsen, 257 Stiere, 827 Kühe, 122 Kalbinnen, Summe 1.541. Verkauft wurden: 303 Ochsen, 224 Stiere, 710 Kühe, 113 Kalbinnen, Summe 1.350. Unverkauft blieben: 32 Ochsen, 33 Stiere, 117 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe 191.

Bei ruhigem Marktverkehr und Qualitätsverbesserung notierten Stiere und Kalbinnen unverändert. Mittlere Qualität verbilligte sich bei Ochsen um 30 bis 50 Groschen, bei Kühe und Beinlvich um 50 Groschen.

Deckeneinsturz in Währing  
=====

17. Dezember (Rath.Korr.) Heute vormittag löste sich in einer Parterrewohnung des bombenbeschädigten Hauses 18., Abt Karl-Gasse 19 ein Teil der Zimmerdecke und stürzte ein. Es handelt sich um eine notdürftig instandgesetzte Kabinett-Küchen-Wohnung, die mit einem Flugdach versehen ist. Glücklicherweise befanden sich zur kritischen Zeit die Mieter in der Küche, so daß niemand zu Schaden gekommen ist. Stadtrat Dr. Robetschek, der sich an Ort und Stelle einfand, hat eine gründliche Untersuchung des Falles angeordnet. Es wurde festgestellt, daß der Hauseigentümer trotz wiederholten baupolizeilichen Mahnungen dem Auftrag zu einer ausreichenden Sicherung des schadhafte Objektes nicht nachgekommen ist. Die obdachlose Familie wurde noch im Laufe des Nachmittags auf Wiesung von Stadtrat Koci durch das Wohnungsamt in die neue Wohnhausanlage 13., Waldvogelgasse, eingewiesen. Es handelt sich um ein Ehepaar mit zwei Kindern.

Nestroy-Ausstellung noch bis Samstag  
=====

17. Dezember (Rath.Korr.) Wegen des großen Interesses der Besucher der Wiener Stadtbibliothek für die Stücke der Nestroy-Sammlung, die gegenwärtig in drei Vitrinen im Lesesaal gezeigt werden, bleibt diese Ausstellung von Manuskripten, Bildern, Photos etc. bis Samstag, den 22. Dezember, wie bisher zur Besichtigung täglich von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr, **bei freiem Eintritt zugänglich.**

Fortsetzung der Budgetdebatte.

GR. Haim (ÖVP) erinnert an die Ereignisse des Jahres 1945 und verweist darauf, daß wir unglaubliche Erfolge durch die Zusammenarbeit sowohl im Gemeinderat als im Parlament zu verzeichnen haben. Dies sei aber auch Dank des Verständnisses der Wiener Bevölkerung gelungen. Nur diejenigen, die nach den Wiesungen ausländischer Agenten handeln, haben den traurigen Mut, diese Tatsachen zu bestreiten. Wenn der Berichterstatter erklärt hat, daß alle Reserven erschöpft sind und nur äußerste Sparsamkeit uns in die Lage versetzen wird, das Budget durchzuhalten, daß es außerdem keinen weiteren Erschütterungen im Lohn- und Preisgefüge ausgesetzt werden darf, dürfen wir nicht vergessen, daß der österreichische Bundeshaushalt vor derselben Situation steht. Wenn trotzdem der Bund durch den Finanzausgleich zum Aufwand der Gemeinde 1 Milliarde Schilling beiträgt, dann sei dies ein beachtlicher Erfolg des Zusammenwirkens der beiden Koalitionsparteien. (Beifall bei der ÖVP).

Obwohl die Wiener Bevölkerung volles Verständnis für die Lasten, die ihr bisher aufgebürdet wurden, aufgebracht hat, ist es nach den Ausführungen des Finanzreferenten kaum mehr möglich, über diese Grenzen der Abschöpfung hinauszugehen, denn es gibt bereits 40 verschiedene Steuern und Abgaben.

Redner brachte dann den Prozentsatz der beschäftigten Arbeiter und Angestellten in der verstaatlichten Industrie in eine Relation mit der Steueraufbringung. Zum Gesamtsteueraufkommen von 1.3 Milliarden Schilling trägt die verstaatlichte Industrie 74 1/2 Millionen Schilling, das sind rund 5.7 Prozent, bei.

GR. Haim betont, daß es an der Grenze der Steueraufbringung angekommen, unsere Pflicht sei, Ausschau zu halten, wie ohne neue Steuern das Auslangen gefunden werde, ohne dabei den Wirtschafts- und Lebensstandard unseres Volkes zu schmälern. Er verlangt in diesem Zusammenhang, daß die Lasten des Wiederaufbaues nicht zur Gänze auf die jetzige Generation überwältzt werden sollen. Es soll versucht werden, im Kreditwege Mittel aufzubringen, die von späteren Generationen abzustatten wären.

(GR. Mazur (ÖVP) übernimmt den Vorsitz.) GR. Haim führt weiter aus, daß ein Wandel in der Verfassung der Stadt Wien notwendig wäre. Die Stadträte wären in ihrem Tun und Lassen dem Herrn Bürgermeister unterstellt und hätten wenig freies Entscheidungsrecht. Das Kontrollamt besitze nicht die nötige Unabhängigkeit und auch in den Ausschüssen könne zu den einzelnen Geschäftstücken nicht in jener ausführlichen Art Stellung genommen werden, wie z.B. in den Parlamentsausschüssen, da nur über fertige Anträge abgestimmt werde. Auch in Personalangelegenheiten wird von einer einzigen Stelle entschieden. Im Zuge einer Verwaltungsreform würde der Redner z.B. eine Dezentralisierung der Personalpolitik in die einzelnen Verwaltungsgruppen begrüßen; desgleichen die Schaffung von Arbeitsinspektoraten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführung geht der Redner auf die einzelnen Ansätze des Budgets ein. Auf dem Gebiete des Fürsorgewesens solle getrachtet werden, nur jenen Hilfe angedeihen zu lassen, die diese wirklich brauchen. Es gäbe Mütter, die ihre Kinder lieber der öffentlichen Hand überantworten, weil sie sich durch die Betreuung der Kinder behindert fühlen. Andererseits übergeben wieder Kinder ihre alten Eltern den Altersheimen, um durch sie nicht belastet zu sein. Hier müßte eine vernünftige Aufklärung Wandel schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Kapitel Gesundheitswesen stellt GR. Haim fest, daß Wien gesünder geworden ist. Jedoch wäre es notwendig, das Floridsdorfer Krankenhaus weiter auszubauen, den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses einzuleiten, eine Rheumaabteilung, eine Zentralstelle für Vergiftungsfälle und eine Beratungsstelle für Schwerhörige zu schaffen.

Redner kritisiert die derzeitige Praxis des Stadtrates für Wohnungswesen bei der Vergebung von Wohnungen. Im Gemeinderat sei beschlossen worden, bestimmte Wohnungstypen an bestimmte Wohnungsbedürftige zu vergeben. Nun sei es aber vorgekommen, daß in Einzelräume Familien bis zu 3 Personen eingewiesen wurden. Redner verlangt weiter, daß die Gemeindeverwaltung im Kreditwege Mittel für die Förderung des Wohnungseigentums zur Verfügung stellen solle. (Beifall bei der ÖVP.) Es solle versucht werden, auch auf diesem Gebiete neben dem sozialen

Wohnungsbau die Wohnungsnot zu lindern. Er verwies darauf, daß nicht nur Bemittelte, sondern auch der kleine Arbeiter und Angestellte solche Wohnungen anstreben.

GR.Haim bemerkt, daß der Stand an Akademikern innerhalb der Baupolizei gegenüber früheren Jahren gesunken sei, daß dies eine Bedrohung der Wiener Bevölkerung bedeute und getrachtet werden müsse, diesen Zustand raschest zu beheben. Wenn auch derzeit keine Gebührenermäßigungen durchgeführt werden können, so sollte der Finanzreferent in späterer Zeit doch trachten, hier Erleichterungen zu schaffen. Vielleicht könnte durch Einsparung nach anderer Richtung in Zukunft z.B. auf die Gebrauchsgebühren verzichtet werden.

Am Schluß seiner Ausführungen sprach GR.Haim noch über die Eröffnungsfeierlichkeiten anlässlich der Fertigstellung städtischer Bauvorhaben. Seine Fraktion, betonte GR.Haim, sei stets dafür, daß die Gemeinde ihre Leistungen vor dem gesamten Wiener Volke herausstellt und sie ihm zum Bewußtsein bringt. Wogegen die ÖVP sich wendet ist, daß diese Leistungen der Gemeinde Wien zu Parteiveranstaltungen entwickelt werden. (Beifall bei der ÖVP.) Denn auch seine Partei trage die Mitverantwortung, was niemand bestreiten könne. Hier, im Gemeinderat, erfülle sie in Gemeinschaft mit der Sozialistischen Partei ihre Aufgaben. Es sollen weiterhin die Leistungen der Gemeinde Wien der Bevölkerung vor Augen geführt werden, jedoch beschränkt auf einen öffentlichen Akt.

Redner richtet an den Gemeinderat den dringenden Appell, auch weiterhin im Interesse und zum Wohle der Gemeindebürger zusammenzuarbeiten. Seine Fraktion werde dem Budget zustimmen.

GR.Dr.Soswinski (Lbl.) bezeichnete das Budgetrecht als wichtigstes Recht in einem demokratischen Gemeinwesen. Während man aber beispielsweise in Wiener Neustadt zur Vorberatung des Voranschlags in den Ausschüssen 10 Tage und in Krems 8 Tage verhandelte, und auch in den Ländern der Voranschlag vorher im Ausschuß durchberaten wird, sei man hier im Gemeinderat offensichtlich bestrebt, die Verhandlungen so rasch wie möglich abzuschließen. Das vorliegende Budget sei nicht nur ein Nieder-

schlag der Verhältnisse in Wien, sondern sei unzertrennlich mit der Steuerpolitik des Bundes verbunden. Die große Masse der Staatseinnahmen komme aus unsozialen Steuern. So sei es bezeichnend, daß der Anteil der Lohnsteuer an den direkten Steuern ständig im Steigen ist. An der Nazi-Lohnsteuer, deren Abschaffung in weiten Kreisen der Bevölkerung gefordert wird, hat die Gemeinde Wien einen fünfzigprozentigen Anteil. Die ertragreichste Steuer sei jedoch die asoziale Umsatzsteuer. Die Gemeinde stehe im Kampf gegen diese unsozialen Steuern nicht, wie es eigentlich sein müßte, im Vordergrund, sondern sei nur bestrebt einen möglichst großen Anteil daran zu erhalten. In den letzten Jahren sei kein einziger Vorschlag von der Mehrheitspartei des Gemeinderates eingebracht worden, der die Besteuerung der Vermögenden vorsieht und die Exportprofite wegsteuert. Die Gemeinde Wien erhält zwar vom Bund eine Milliarde Schilling an Steueranteilen, dafür aber verkümmert ihre Finanzhoheit. Dies sei eine Folge der vorbehaltlosen Zustimmung zur Finanzpolitik des Bundes. Die Leistungen eines Breitner und Glöckel wären jedoch unmöglich gewesen, wenn man auch damals schon die Finanzpolitik der Regierung geteilt hätte. Damals wurde um das Steuerrecht der Gemeinde und gegen das Vetorecht des Finanzministeriums erbittert, oftmals mit Obstruktion, gekämpft. Die Tatsache, daß der Anteil der Gemeinde an den eigenen Steuern von 36 % im Jahre 1951 auf 29 % sinkt, ist ein Beweis für die Verkümmern der Steuerhoheit der Gemeinde. Wenn man das Kapital schont und dabei behauptet, daß es keine Reichen gibt, die man besteuern könnte, so kann man nicht von einer Steuerpolitik sprechen, die dem Willen der Bevölkerung entspricht. Das Volk verlangt eine Finanzpolitik, die antikapitalistisch sein muß, eine solche ist jedoch mit der derzeitigen Koalitionspolitik nicht vereinbar. Immer war die Ursache für die Erlassung eines Bundespräzipuums ein angebliches Defizit; darüber hinaus aber versucht der Bund ständig, den Gemeinden auch mit anderen Methoden Gelder wegzunehmen. Ein Beispiel dafür sei der Lehrerpersonalkostenbeitrag, den die Gemeinde zu leisten habe. Auch die Polizeikostenbeiträge werden auf dem gleichen kalten Weg einbehalten.

Dabei geht dieser Beitrag auf die Zeit des faschistischen Bürgermeisters Schmitz zurück. Die Arbeiterschaft verträgt es jedoch nicht, daß man von ihr Beiträge für eine Polizei verlangt, die sich in den Händen des kapitalistischen Staates befindet.

Über die Zahlungspflicht der staatlichen und verstaatlichten Betriebe gebe es auf keiner Basis eine Diskussion. Die Tatsache, daß das Kapital dem Staate gewaltige Steuersummen schuldet, wurde zuerst geleugnet, dann jedoch Schritt für Schritt zugegeben. Schon allein durch die säumige Zahlung von Steuerschulden werden von den Kapitalisten riesige Summen profitiert. Jetzt, wo man aus den Profiten des 5. Lohn- und Preispaktes riesige Gewinne einheimst, zahlt man langsam die Steuern für die Profite aus dem 2. Lohn-Preis Pakt; daß in der Zwischenzeit die Kaufkraft des Schillings nicht gestiegen ist, ist kein Geheimnis. Die schleichende Inflation zeige sich am deutlichsten in der Höhe der Steuern, der gesteigerten Abgaben und der geringen Leistung.

In den 15 Betrieben der Gemeinde, für die Entgelt zu leisten ist, zeigt die Entwicklung folgende Tendenz: 1951 konnten die Ausgaben dieser Betriebe zu 51 Prozent durch Einnahmen gedeckt werden, 1952 zu 57,5 Prozent. Dabei sind die Einnahmen um 45 Prozent gestiegen, die tatsächlichen Ausgaben jedoch nur um 30 Prozent. Dies sei ein weiterer Beweis für das unsoziale Budget. Denn ein entscheidender Grundsatz jedes sozialen Staates werde dadurch verletzt; Einrichtungen aus denen die Allgemeinheit und nicht Einzelpersonen Nutzen ziehen, müssen nicht allein von Einzelnen sondern auch von der Allgemeinheit bezahlt werden. Ein reden von kostendeckenden Preisen sei hier asozial. Es geht nicht darum, gleiche Abgaben und gleiche Steuern zu verlangen, sondern ungleiche Abgaben und Steuern zu Gunsten des wirtschaftlich Schwächeren. Während beispielsweise bei den Verkehrsbetrieben ein Defizit von 20 Millionen Schilling aufscheint, werden von den gleichen Betrieben 50 Millionen Schilling in die allgemeine Gemeindegasse übergeleitet. Der Redner forderte in zwei Anträgen die Herabsetzung der Ansätze für die Gebrauchsgebühren und der Wegebenutzungsgebühren der Verkehrsbetriebe. Er kritisierte die Zinspolitik der Gemeinde und erklärte, daß die Erhöhung der Bankrate keinen Spargroschen in Bewegung setzen wird, da niemand bereit ist, Geld einzulegen, wenn das Vertrauen zur Währung fehlt.

Die in Kraft getretene Zinssteigerung in den städtischen Wohnhäusern wurde mit 20 Millionen Schilling präliminiert. Die Verwendung dieser Gelder für zusätzliche Renovierungen wurde angekündigt. 1951 wurden für Häuserrenovierungen 32 Millionen Schilling aufgewendet. Im vorliegenden Budget sind jedoch nur 20 Millionen vorgesehen. Dazu sollen die 20 Millionen aus der Zinssteigerung kommen. Es wird also nichts zusätzlich renoviert, sondern nur zusätzliche Einnahmen wurden gefunden. Beim derzeitigen Wert des Schillings können bestenfalls die gleichen Leistungen wie im Vorjahr erreicht werden. Auch in der Zeit Breitners gab es Wertabschreibungen. Damals wurden sie in Reserve gehalten; seit 1934 verschwinden sie in der allgemeinen Kasse. Der Redner erklärte, daß im Jahre 1929 der Anteil für Personalausgaben am Gesamtbudget 36 Prozent betrug. Heute sind diese Zahlen auf 34.6 Prozent zurückgegangen. Dabei sei die Zahl der Beschäftigten bedeutend gestiegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Entlohnung der Pensionisten. Beim Wohnhausbau sei der Anteil am Gesamtbudget von 18 Prozent im Jahre 1951 auf 16.2 Prozent im Jahre 1952 zurückgegangen. Die Erfolgsabrechnungen werden jedoch zeigen, daß dieser prozentuelle Anteil in Wahrheit noch weit geringer sein wird.

GR. Dipl. Ing. Keller (parteilos) erklärt, daß die Finanzlage unserer Gemeinde durch das 5. Lohn- und Preisabkommen katastrophal geworden sei, daß er diese Entwicklung jedoch bereits vorausgesagt habe. Ohne eine Reform des Geldwesens würden wir jedoch unsere Sorgen nie los werden, gäbe es keine gesunde Währung und würden wir aus unseren finanziellen Nöten nie herauskommen. Der Redner kritisiert die Nationalbank, die den Banknotenumlauf erhöht. Redner betont, daß der Kostenvoranschlag sauber ausgearbeitet sei und daß er für das Budget stimme.

Für die Sozialistische Partei nahm GR. Mistingger zu den Ansätzen des Voranschlages für das Jahr 1952 Stellung. Er betonte, daß der Voranschlag der Stadt Wien nach dem Bundesbudget der größte und wichtigste in Österreich ist. Einer der wichtigsten Teile dieses Budgets ist der Finanzausgleich, der gegenüber dem Jahr 1950 im wesentlichen keine Änderung für Wien bringt. Wien wurde vor drei Jahren ein Notopfer auferlegt, von dem man allerdings der Meinung war, daß es wirklich nur ein Notopfer ist. Es wurde jedoch nur der Name geändert, und das Notopfer soll scheinbar ein Dauerzustand werden. Das kann aber die Gemeindeverwaltung auf die Dauer

nicht ertragen.

Der Redner fuhr dann weiter fort: Die Grundlagen des sozialen und des wirtschaftlichen Fortschrittes in Österreich hängen von einer gesunden Währung ab. Die Vertreter der Sozialisten und der organisierten Arbeiterschaft sind bereit, für dieses Land und für diesen Staat Opfer zu bringen. Es muß aber auch verlangt werden, daß man dieses Opfer nicht nur von den Arbeitern und Angestellten fordert. Der Redner zitiert eine Zeitungsannonce in der unter dem Kennwort "50 Prozent Verdienstspanne" für ein Großhandelsunternehmen eine Einlage von 300.000 bis 500.000 S gesucht wird. Es gibt also in Österreich noch immer Leute, die glauben, daß man heute groß verdienen kann!

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Ausführungen der Debatteredner der anderen Parteien. GR. Dr. Soswinski der Danneberg zitiert hat, hält er ein anderes Zitat Dannebergs entgegen, in dem es heißt, daß die russische Regierung die ergiebigsten Einnahmen aus der Besteuerung des Massenkonsums zieht. Zu der Friedendeklaration GR. Lauschers bemerkte GR. Mistingger, der Wiener Gemeinderat habe nicht nur einmal festgestellt, daß das Volk von Wien jeden Krieg verabscheut. Wenn GR. Lauscher darüber spricht, daß in den einzelnen Besatzungszonen Flugplätze gebaut werden sollen, dann muß festgestellt werden, daß wir keine solchen Flugplätze hätten, wenn es in Österreich keine Besatzung gäbe. Es wäre gut, wenn man dafür einträte, daß die Besatzung aus unserem Land abzieht. Wir haben in den letzten Tagen genau gehört, was die Besatzung dem österreichischen Volk kostet. Der Finanzminister hat Zahlen genannt, die 6 Milliarden Schilling ausmachen.

(GR. Helene Potetz übernimmt den Vorsitz.)

Zu den Ausführungen GR. Lauschers über den Friedenswillen zitiert der Redner aus dem Lehrbuch für russische Pädagogik, in dem es u.a. heißt: "Der Dienst an Volk und Vaterland setzt Zorn und Haß gegenüber den Feinden voraus!" Oder an anderer Stelle: "Die Schule erzieht so zum Haß gegenüber den Feinden..." Dann wieder heißt es: daß "der militärische Leiter der Schule jährlich einen Bericht an den Obersten Rat über den Erfolg der militärischen Ausbildung in den Schulen zu erstatten habe".

Zum Budget zurückkehrend bemerkte der Redner, daß die Einnahmen der Gemeinde Wien außerordentlich maßvoll gehalten sind. Die Gemeindesteuern haben eine Erhöhung von 10 Prozent, die Verwaltungsabgaben von 38 Prozent erfahren. Pro Kopf der Bevölkerung machen die Gemeindesteuern jährlich 340 Schilling aus. Mit all den anderen Einnahmen werden sie die Kraft zu neuen Arbeiten und neuen Aufbaumöglichkeiten geben. Man müsse feststellen, daß das Geld, das die Gemeinde zu verwalten hatte, nützlich angewendet wurde. Erst gestern ist die zehntausendste Wohnung zur Benützung übergeben worden. 180 Brücken sind in Wien gebaut und im vergangenen Jahr sind 16 neue Kindergärten errichtet worden. Damit ist Wien auf diesem Gebiet wieder zur führenden Stadt in Mitteleuropa, vielleicht sogar in Europa geworden. Ein Teil der Straßen wurde in Ordnung gebracht, so zum Beispiel der Gürtel, der Ring, der Matzleinsdorfer Platz und die Mariahilfer Straße.

Redner wendet sich dann den Ausführungen des ÖVP-Debattenredners zu, der unter anderem die Notwendigkeit der Koalition unterstrichen hat. Er protestiert in diesem Zusammenhang gegen die Haltung des "Kleinen Volksblattes" und zitiert Stellen aus dieser Zeitung, die Verdächtigungen gegen die Gemeindeverwaltung enthalten. Er schildert auch Begebenheiten aus der Arbeit in den Gemeinderatsausschüssen. Bei manchen Gelegenheiten seien die ÖVP-Vertreter gar nicht erschienen. Gemeinderat Mistingger sagte: Wir verlangen nicht, daß man uns liebt, wir nehmen das zur Kenntnis. Wir bitten aber auch zur Kenntnis zu nehmen, daß in Wien der größere Prozentsatz der Bevölkerung sozialistisch ist. Wir haben in den letzten Monaten von Oktober bis November 20.000 neue Mitglieder für unsere Partei werben können. Wir haben das Vertrauen der Wiener, die neu zu uns gekommen sind, durch das heute zur Beratung stehende Budget nicht enttäuscht. Der Voranschlag ist ein ausgesprochen sozialer, der vor allem die Wohlfahrt und die Volksgesundheit berücksichtigt. Wenn hier festgestellt wurde, daß Wien gesünder geworden ist, dann weiß man, daß dies auch darauf zurückzuführen ist, daß die Wiener zum Teil in besseren Wohnungen

leben können.

Der Redner kam dann wieder auf die Ausführungen der Redner des Linksblockes zu sprechen, die dem Budget nicht zustimmen wollen, weil es nicht großzügig genug im Bauen sei. Stadtrat Resch hat mitgeteilt, daß im nächsten Jahr 9000 Wohnungen gebaut werden. GR.Mistinginger stellt demgegenüber Zahlen aus der Tschechoslowakei, in der bis September 3633 Wohnungen fertiggestellt wurden; 11.000 befinden sich im Bau. In Ungarn sind im Laufe des Fünfjahresplanes 220.000 neue Wohnungen vorgesehen, das sind pro Jahr 44.000 oder auf Wien umgelegt etwa 7000 Wohnungen. In Moskau, mit einer Einwohnerzahl von 6 bis 7 Millionen, sind 1950 12.000 Wohnungen gebaut worden. Die durchschnittliche Wohnraumgröße wird mit 38 Quadratmeter festgehalten. Wien hat demgegenüber 45 Quadratmeter pro Wohnungseinheit und wird in den nächsten Jahren auf 48 Quadratmeter gehen. Wien schneidet dabei gar nicht so schlecht ab. Die Schweiz hat im vergangenen Jahr 10.709 Wohnungen gebaut; auch da können wir ruhig in einen Wettstreit treten.

Redner verglich auch einige Zahlen des ungarischen Budgets, das 19,4 Prozent für kulturelle und soziale Zwecke vorsieht. Stellt man demgegenüber das Wiener Budget, so erkennt man, daß weit über 65 Prozent aller unserer Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke in unserer Stadt verwendet werden.

Abschließend sagt GR.Mistinginger mit Beziehung auf die Debattenredner des Linksblockes, daß es deren Prinzip sei, bei jeder Budgetdebatte dem Hohen Hause 30 bis 40 Seiten zu erzählen. Dr.Soswinski hat jedes Jahr die gleichen Einwendungen. Die Sozialistische Partei ist bereit, über das Wiener Budget zu reden, aber sie wisse, daß seit drei Jahren eine Partei in diesem Haus existiert, die das Budget des Aufbaues ablehnt. Die Sozialistische Partei wird dafür Sorge tragen, daß die arbeitende Bevölkerung erfährt, daß die Kommunisten es sind, die in Wien gegen Arbeiterwohnungen, gegen Kinderheime und gegen alle sozialen Maßnahmen stimmen. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Sozialisten bekennen sich zu diesem Budget, weil sie wissen, daß es die Vorsorge ist gegen Arbeitslosigkeit, weil sie wissen, daß damit neue Wohnungen zur Verfügung gestellt werden und daß die

Kinder in dieser Stadt gesund aufwachsen können und weil sie wissen, daß damit ein Schritt weiter zu einem schöneren und besseren Wien gemacht wird. (Langanhaltender, stürmischer Beifall bei den Sozialisten.)

(GR. Marek übernimmt den Vorsitz.) In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Resch, daß der Vergleich der Personaltangente Wiens mit den anderen Gemeinden nicht stichhältig sei, da GR. Wicha für Wien die Zahlen des Jahres 1952, für die übrigen Gemeinden jedoch die des Jahres 1950 verwendet habe. Der Rückgang der Einwohnerzahl Wiens und die Abwanderung in westliche Bundesländer bringe beim Finanzausgleich für die Stadt keine Nachteile. Im Gegenteil, das Ergebnis der Volkszählung des Jahres 1951 (Österreich 6,918.959: Wien 1,760.784) sei noch günstiger als die Zahlen, die den Berechnungen 1948 zugrunde gelegt wurden. Die Forderung des GR. Wicha, dem Budget Vergleichsziffern auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet beizugeben, werde man im kommenden Jahr wieder Rechnung tragen. Der Ausweis des Gesamtvermögens und eine Aufstellung über den Schuldenstand der Gemeinde seien Sache der Rechnungsabschlüsse; sie werden mit dem Rechnungsabschluß 1950 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Den Antrag, alkoholfreie Getränke von der Getränkesteuer zu befreien, empfahl er abzulehnen, da diese in allen Bundesländern der Getränkesteuer unterliegen. Die Entschädigung für Grundstücke, die von Alliierten besetzt sind, sei Bundesangelegenheit. In der Arbeit, die 1945 bei Aufräumungen **geleistet** wurde, sehe die Gemeinde keine Zwangsarbeit, sondern eine freiwillige Arbeitsleistung, die auch von zahlreichen Arbeitern und Angestellten dieser Stadt freiwillig geleistet wurde. Die Frage des deutschen Eigentums sei Sache des Bundes. Die anderen Anträge wurden den zuständigen Verwaltungsgruppen zur weiteren Behandlung zugewiesen. Zu den Ausführungen des GR. Lauscher erklärte der Berichterstatter, er möge aufhören, die Geister der Männer heraufzubeschwören, die längst tot sind. Denn wenn ein Breitner oder Tandler heute noch leben würde, würden sie **sich strikte** verbeten, von den Kommunisten als Kronzeugen für ihre Demagogie mißbraucht zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Der vom GR. Lauscher angeführte angebliche Rückgang der Benützerziffern bei der Straßenbahn sei nichts anderes als die Zurückentwicklung auf die normale Konjunktur; denn auch heute noch liegen die Benützerzahlen weit über denen der Zeit um 1934. Der Redner forderte von den Kommunisten, eine einzige Steuer zu nennen, die bis 1934 existierte, heute aber nicht mehr eingehoben wird. Auch die Wohnbausteuer bestehe noch, nur ist sie heute in der Grundsteuer enthalten. Die gegenwärtige Finanzpolitik der Stadt Wien unterscheidet sich in keiner Weise von der Steuerpolitik vor 1934, ja die Gewerbesteuer gestaltet diese heute noch sozialer als damals.

Auf Grund des Finanzhoheitsgesetzes habe das Land Wien keine Möglichkeiten Vermögen oder Luxus zu besteuern; dies sei Angelegenheit des Bundes. Die Gemeinde sei hierin verfassungsmäßig gebunden. Wir hätten in Wien längst eine Luxussteuer, wenn wir verfassungsmäßig die Möglichkeit hiezu hätten. Die Vergleichsziffern, die von den kommunistischen Rednern gebracht wurden, seien falsch, weil in den Jahren, die sie zu den Vergleichen heranzogen, die Grundlagen der Budgeterstellung grundsätzlich anders waren. Man ist es im Rathaus von den Kommunisten gewohnt, daß sie bei jeder Gelegenheit hinaufzulizitieren versuchten; dabei wird jedoch vergessen, Möglichkeiten anzuführen, woher die Gelder hierzu genommen werden sollen.

Zu den Ausführungen des GR. Haim, der die Steuerleistung der verstaatlichten Betriebe und der Privatwirtschaft verglich, erklärte der Berichterstatter, daß hiemit nur der Nachweis erbracht worden sei, daß die Gewinne der verstaatlichten Betriebe geringer seien als in der Privatwirtschaft, denn die Grundlagen der Steuerberechnung seien in beiden Fällen die gleichen. Es wäre daher an der Zeit, daß sich auch die Privatwirtschaft mit den gleichen geringen Gewinnen begnügt, wie die verstaatlichte Industrie.

Es sei Aufgabe der Wiener Zentralsparkasse vorerst ihre Kredite dem Kreditverein zur Verfügung zu stellen. In kommenden Jahren werden den Instituten der Gemeinde neue wichtige Aufgaben erstanden, nämlich die Unterstützung der Wiederinstandsetzung des Althausbestandes. Die Mietzinserhöhung habe hierfür die entsprechende Kreditbasis ergeben. Die Gemeinde Wien mit ihren Instituten hat daher Vorsorge zu treffen, solche Kredite zur Verfügung stellen zu können. Diese werden sich auf ca. 100 Millionen Schilling belaufen.

Zur Forderung auf Dezentralisierung der Personalpolitik erklärte der Redner, daß ein solche praktisch zum Chaos in der Personalpolitik führen müßte.

Bei der Besprechung des Kapitels Gesundheitswesen hat GR. Hain eine Reihe von Forderungen erhoben. Zur Errichtung neuer Krankenabteilungen und Institute kann gesagt werden, daß es sich hier nicht um einmalige Investitionen handeln würde, sondern daß dadurch dauernd ein zusätzlicher Personal- und Sachaufwand entstünde. Es kann nicht auf der einen Seite die Herabsetzung des Verwaltungsaufwandes verlangt und auf der anderen Seite durch solche Forderungen dem entgegengearbeitet werden. Im übrigen wäre der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Angelegenheit des Bundes, denn es handelt sich hier nicht um Spitäler sondern um Kliniken.

Zum Verlangen, daß auch die Gemeinde Wien dem Wohnungseigentum Mittel zuführen solle, gab Stadtrat Resch seinen grundsätzlichen Standpunkt bekannt. Öffentliche Steuermittel dürfen nicht dazu verwendet werden, damit einzelne Privateigentum erwerben können. Sie dürfen nur dazu verwendet werden, Eigentum für die Gesamtheit zu schaffen. Der Referent erläuterte dann die Praxis des Wohnungseigentums und betonte, daß es eine Täuschung der Bevölkerung darstelle. Mit den Mitteln der Wohnungswerber wird lediglich Grund gekauft und nur mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds ist es dann möglich, das Haus zu erbauen. Das heißt also, nur solange der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds Mittel zur Verfügung stellen kann, können solche Wohnungen errichtet werden. Praktisch bekommt also ein Wohnungswerber seine Wohnung von der Gesamtheit geschenkt. Stadtrat Resch gibt zu bedenken, was bei einem notwendig werdenden Wohnungswechsel geschehen wird. Es werden wahrscheinlich hohe Ablösebeträge verlangt, sodaß ein gutes Geschäft für Private entstehen wird. Dafür werden jedoch Gemeindemittel nicht zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Tarif- und Steuerermäßigungen bemerkt der Referent, daß er für alle Anregungen ein offenes Ohr haben werde, unter der Voraussetzung, daß dadurch die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht geschmälert werde. Eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit würde Wohnungs- und Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Vollbeschäftigung sei jedoch das wirtschaftliche und zentrale Problem Österreichs.

Es wurde auch behauptet, daß die Bundesfinanzen geringer gestiegen sind als die Ertragsanteile. Das ist richtig, trifft aber nicht Wien allein, sondern sämtliche Länder und Gemeinden, die an den Ertragsanteilen partizipieren.

Der Referent wandte sich dann den Ausführungen von GR.Dr. Soswinski zu. Wenn immer wieder kritisiert wurde, daß die verfassungsmäßige Regelung der Budgetberatungen anders als in anderen Ländern ist, so kann dazu nur gesagt werden, daß der Wunsch des Redners erst erfüllt werden kann, wenn eine Zweidrittelmehrheit des Hauses die Verfassung ändert.

Stadtrat Resch stellte zu den "Erinnerungen" fest, er sei absolut nicht der Meinung, daß man das Teilnehmen der Bevölkerung irgendwie verhindern oder unterbinden sollte. Im Gegenteil, er würde es als demokratischen Fortschritt begrüßen, wenn ein möglichst großer Teil der Bevölkerung so viel Interesse an der Verwaltung fände, daß er sich um das Budget kümmere. Was er kritisiert habe, sei die Organisation solcher "Erinnerungen". In dieser Form bedeutete es nichts anderes, als daß wieder einmal ein Versuch gemacht wurde, ein Parteisüppchen zu kochen.

Zu dem Vorschlag Dr. Soswinski, die Exporte zu besteuern, stellte der Referent fest, daß dies Angelegenheit des Bundes wäre.

Die Gemeinde Wien hat auch niemals auf ihre Steuerhoheit verzichtet. Der Stadtrat forderte Dr. Soswinski auf, zu sagen, bei welcher Steuer die Stadt Wien dies getan habe. Er betonte, daß die Behauptung des Debatteredners einfach unwahr sei und daher auch alle daraus gezogenen Folgerungen. Die einzige Steuer, auf die alle Länder und Gemeinden verzichtet haben, ist die Körperschaftssteuer. Dafür wurde aber kein schlechter Tausch gemacht, weil die Lehrer vom Bund erhalten werden.

Dr. Soswinski hat auch kritisiert, daß die Ausgleichsabgaben von Vich und Fleisch keinen Mehrertrag aufweisen. Er schloß daraus auf eine Verewigung der Fleischkrise. Stadtrat Resch bemerkt hierzu, daß diese Ausgleichsabgabe nur für Außermarktbezüge eingehoben wird, die ja eben durch diese Abgabe unterbunden werden sollen. Außerdem wurde in Wien vor einigen Wochen der Marktzwang eingeführt. Abschließend bemerkte Stadtrat Resch, daß sich GR. Dr. Soswinski bemüht habe, bei jeder einzelnen Post die Methode zu finden, wie irgendein Rückschritt nachgewiesen werden kann. Seine Behauptungen werden aber davon nicht richtiger. Man kann in dieser Form nicht kritisieren, sondern muß die Ziffern nach ihrem wirklichen materiellen Wert beurteilen. Wenn man von diesen Grundlagen ausgeht, kommt man zu anderen Schlüssen, als sie vom Redner des Linksblocks gezogen wurden.

Die Ausführungen von GR. Mistingier unterstreicht Stadtrat Resch zur Gänze.

Dem GR. Ing. Keller, sagte der Referent, er möge im Interesse der Wirtschaft dieser Stadt und dieses Landes nicht unsinnige Ziffern in die Welt hinauszuposaunen, die der Wirklichkeit einfach ins Gesicht schlagen.

Abschließend ersucht Stadtrat Resch den Gemeinderat, die Ansätze der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung unter dem Vorsitz von GR. Marek werden die Ansätze des II. Hauptstückes gegen die Stimmen des Linksblockes angenommen. Von den 13 Anträgen der WdU werden vier abgelehnt, die übrigen der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Die Anträge des Linksblockes wurden abgelehnt.

Um 19.55 Uhr unterbricht der Vorsitzende die Budgetberatungen, die morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit den Beratungen über das Personalwesen fortgesetzt werden.